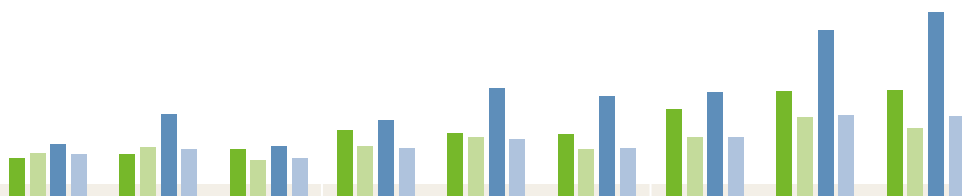




Alle Inhalte mit
Option zum
Daten-Download

Autorengruppe Bildungsberichterstattung

Bildung in Deutschland kompakt 2018



Zentrale Befunde des Bildungsberichts



KULTUSMINISTER
KONFERENZ



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Der Bildungsbericht wurde unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung von einer Autorengruppe erstellt, deren Mitglieder den folgenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Statistischen Ämtern angehören:

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (*DIPF*), Deutsches Jugendinstitut (*DJI*), Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (*DZHW*), Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (*LifBi*), Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (*SOFI*) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (*Destatis*, *StLÄ*)

Autorengruppe Bildungsberichterstattung:

Prof. Dr. Kai Maaz (*DIPF*), *Sprecher der Autorengruppe*
Prof. Dr. Martin Baethge[†] (*SOFI*)
Leitende Regierungsdirektorin Pia Brugger (*Destatis*)
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (*DJI*)
Prof. Dr. Ulrike Rockmann (*StLÄ*)
Prof. Dr. Hans-Günther Roßbach (*LifBi*)
Prof. Dr. Susan Seeber (*SOFI/Universität Göttingen*)
Prof. Dr. Andrä Wolter (*HU Berlin/DZHW*)
Dr. Stefan Kühne (*DIPF*), *Wissenschaftliche Koordination*

sowie beratend:

Prof. Dr. Hans-Peter Füssel (*DIPF*)

und für das Schwerpunktkapitel:

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer (*ZEW*)
Prof. Dr. C. Katharina Spieß (*DIW Berlin*)
Dr. Vaishali Zambre (*DIW Berlin*)

unter Mitarbeit von:

Benjamin Baisch (*DJI*)
Dr. Volker Baethge-Kinsky (*SOFI*)
Arum Bang (*DIPF*)
Patrick Geiser (*Uni Göttingen*)
Dr. Christian Kerst (*DZHW*)
Dr. Holger Leerhoff (*StLÄ*)
Thomas Lehmann (*StLÄ*)
Dr. Julia Lischewsky (*SOFI*)
Dr. Christiane Meiner-Teubner (*DJI/TU Dortmund*)
Dr. Christian Michaelis (*Uni Göttingen*)
Dr. Michael Mudiappa (*LifBi*)
Jessica Ordemann (*DIPF*)
Stefan M. Schulz (*DIPF*)
Nora Weigelt (*Destatis*)
Markus Wieck (*SOFI*)

Impressum

Gesamtherstellung:

wbv Publikation
ein Geschäftsbereich von wbv Media GmbH & Co. KG,
Bielefeld 2018

Umschlagfotos:

© New Africa/fotolia
© industrieblick/fotolia
© Picture-Factory/fotolia
© pressmaster/fotolia
© beeboys/fotolia
© Nejron Photo/fotolia
© contrastwerkstatt/fotolia

Konzeption und Umsetzung der Infografiken:



www.info.graphics

Diese Publikation ist mit Ausnahme der Umschlagfotos unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Sie ist kostenlos verfügbar unter wbv-open-access.de und bildungsbericht.de.

Einleitung

„Bildung in Deutschland“ ist ein Bericht, der alle 2 Jahre eine systematische Bestandsaufnahme des gesamten deutschen Bildungssystems auf Basis von Daten der amtlichen Statistik und aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen bietet. Eine wissenschaftlich unabhängige Autorengruppe erstellt den von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Bericht. „Bildung in Deutschland“ benennt den Stand und die Entwicklungsperspektiven in den verschiedenen Bereichen des deutschen Bildungssystems – von der frühen Bildung über das Schulwesen, die berufliche Ausbildung und Hochschule bis hin zur Weiterbildung. Die Autorinnen und Autoren analysieren die Bildungsvoraussetzungen, Bildungswege und Bildungsergebnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und verknüpfen sie mit Daten zu Qualitätsmerkmalen von Bildungsinstitutionen sowie weiteren Kontextinformationen (z. B. der Region). Mit dieser Aufbereitung verfügbarer Daten dokumentiert auch der 7. Bildungsbericht bereichsübergreifend die aktuelle Entwicklung des Bildungssystems. Er bietet so eine Grundlage für fundierte Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit.

Dieses umfassende Orientierungswissen beruht zum einen auf einer kontinuierlichen Recherche, Systematisierung und Zusammenstellung von Informationen zu politischen, rechtlichen und fachlichen Entwicklungen im Bildungswesen. Zum anderen fußen die Bildungsberichte auf Analysen repräsentativer und fortschreibbarer Daten. Diese werden unter der Leitidee von Bildung im Lebenslauf strukturiert, mit Blick auf übergreifende Fragestellungen neu oder unter erweiterten Gesichtspunkten analysiert und in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen interpretiert. Die Grundlage dafür bildet ein überschaubarer, systematischer, regelmäßig aktualisierbarer Satz von statistischen Kennziffern, sogenannte Indikatoren. Gebündelt geben sie jeweils über ein zentrales Merkmal von Bildungsprozessen bzw. einen zentralen Aspekt von Bildungsqualität Auskunft.

Mit diesem breiten Ansatz wendet sich der Bildungsbericht an Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und an die Praxis im Bildungsbereich. Doch auch der interessierten Öffentlichkeit, der Wissenschaft sowie Lehrenden und Lernenden jeder Art stellt er aktuelle Informationen über Trends im Bildungswesen zur Verfügung.

Die folgende Zusammenfassung bietet ein Resümee der wichtigsten Ergebnisse des Bildungsberichts 2018. Sie werden kompakt und anschaulich für die an bildungspolitischen Fragen interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

- In einem ersten Schritt werden zentrale Befunde entlang der Kapitelstruktur des Gesamtberichts vorgestellt. Den Ausgangspunkt bilden demografische, wirtschaftliche sowie weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Bildung. Anschließend werden bereichsübergreifende Grundinformationen, etwa zu den Bildungsausgaben oder zum Bildungsstand der Bevölkerung, gegeben. Nachfolgend liegt der Fokus auf Trends und Problemlagen, die sich in den einzelnen Bildungsbereichen abzeichnen – von der frühen Bildung bis zur Weiterbildung. In einem gesonderten Schwerpunkt Kapitel widmet sich der Bildungsbericht 2018 dem Thema „Wirkungen und Erträge von Bildung“, über das an dieser Stelle ebenfalls in einem eigenen Abschnitt informiert wird.
- Aus der Gesamtschau aller Einzelbefunde ergibt sich in einem zweiten Schritt eine Reihe von bereichsübergreifenden Trends und Entwicklungslinien. Die datengestützte Darstellungsform des Bildungsberichts ist nicht darauf ausgerichtet, konkrete Handlungsempfehlungen für politische oder pädagogische Maßnahmen abzuleiten. Gleichwohl können und sollen die Befunde dazu beitragen, Handlungsfelder und -bedarfe genauer zu identifizieren.
- In diesem Sinne benennt die Autorengruppe in einem letzten Schritt die zentralen Herausforderungen, die sich aus ihrer Sicht für Bildungspolitik, Bildungsadministration und Bildungspraxis ergeben.

Weiterführende Informationen liefert auch die Homepage www.bildungsbericht.de. Dort sind alle bisher erschienenen Bildungsberichte in Gänze und auch ihre jeweiligen Datengrundlagen in digitaler Form verfügbar.

Die Entwicklung des Bildungswesens ist in gesamtgesellschaftliche und ökonomische Prozesse eingebettet. Wesentliche Rahmenbedingungen bilden die 4 Schlüsselbereiche Demografie, wirtschaftliche Entwicklung, Erwerbstätigkeit sowie Familien- und Lebensformen: Auf sich verändernde Entwicklungen in diesen Bereichen muss das Bildungssystem angemessen reagieren.

Um die Bildungsangebote mittel- und langfristig planen zu können, ist es von essenzieller Bedeutung, wie die demografische Entwicklung der für die jeweiligen Bildungsphasen typischen Altersgruppen verläuft. Seit 5 Jahren steigt die Zahl der Geburten in Deutschland nach langjährigem Rückgang wieder an. Sie betrug 2016 rund 792.000. Erst ab 2021 wird wieder mit einem langsamen Rückgang gerechnet. Daher sollte der bereits erfolgte deutliche Ausbau der frühen Bildungsangebote fortgesetzt und das Angebot in den weiteren Bildungsbereichen gemäß den sich abzeichnenden Bedarfen angepasst werden.

Seit 2010 kommen mehr Personen nach Deutschland, als von hier fortziehen. Der Wanderungssaldo – die Differenz von Zu- und Abwanderung – hatte 2015 mit über 1,1 Millionen Menschen seinen Höhepunkt erreicht. Seither geht die Zuwanderung deutlich zurück und zugleich nimmt die Abwanderung merklich zu. Die weitere Entwicklung ist kaum seriös zu prognostizieren. Denn es ist unsicher, inwieweit die Schutz- und Asylsuchenden zurückkehren und wie die weitere Zuwanderung sowie der Familiennachzug verlaufen werden. Neuzugewanderte bilden einen kleinen Anteil der ohnehin steigenden Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem.

Die aktuell günstige wirtschaftliche Situation und die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts sorgen für höhere Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Diese eröffnen Spielräume, um Zusatzbedarfe im Bildungswesen zu decken. Das könnte etwa dem Ausbau der Kapazitäten zugutekommen, aber auch für eine Verbesserung der Chancengleichheit genutzt werden.

Die Familie bildet den ersten und einflussreichsten Ort der Sozialisation und der Persönlichkeitsbildung. Daher sind auch die entsprechenden Konstellationen, in denen die Kinder und Jugendlichen leben, von hoher Relevanz. Mit 48 % lebte 2016 in Deutschland etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung in Familien, also als Erwachsene mit Kindern unter 18 Jahren in einem Haushalt. Vier Fünftel davon lebten in Paarfamilien, ein Fünftel in Alleinerziehendenfamilien. Bei den Familien mit Migrationshintergrund ist der Anteil der Paarfamilien mit 85 % gegenüber 78 % bei denen ohne Migrationshintergrund deutlich größer.

Die Kinder in den Familien sind aktuell zu etwas mehr als der Hälfte Einzelkinder (52 %); ein gutes Drittel hat ein Geschwisterkind (37 %) und 11 % leben mit mindestens zwei weiteren Kindern im Haushalt.

Neben den Familienkonstellationen ist für das Bildungssystem vor allem von Bedeutung, inwieweit die Eltern ins Erwerbsleben integriert sind. Das ehemals sehr verbreitete „Alleinverdienermodell“ der Familienväter ist nur noch in jeder fünften Familie anzutreffen, die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen hat sich in den letzten 10 Jahren deutlich erhöht. In Paarfamilien, in denen der Mann in Vollzeit tätig ist, arbeiten Frauen bei 1 Kind in der Familie zu 26 % ebenfalls in Vollzeit, bei 2 Kindern zu 16 %. Deutlich häufiger sind Frauen bei einer Vollzeittätigkeit des Mannes teilzeitbeschäftigt: Frauen mit 1 Kind arbeiten zu 45 % in Teilzeit, bei 2 Kindern zu 52 % und noch zu 38 % bei 3 und mehr Kindern.

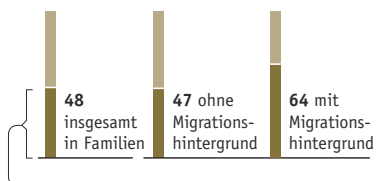
Der Anteil der Kinder, die aufgrund der Situation in den Familien mit Risiken für eine erfolgreiche Bildung aufwachsen, verringert sich langsam. Dennoch war 2016 weiterhin mehr als jede bzw. jeder vierte Minderjährige von mindestens einer solchen Risikolage betroffen. Der Anteil der Kinder, die in Haushalten mit erwerbslosen oder formal gering qualifizierten Eltern aufwachsen, ist gegenüber 2006 leicht gesunken. Im selben Zeitraum ist hingegen der Anteil der in armutsgefährdeten Haushalten lebenden Kinder leicht gestiegen. Insbesondere in Familien mit Migrationshintergrund haben die Eltern deutlich häufiger weder eine Hochschulzugangsberechtigung noch eine abgeschlossene Berufsausbildung, wobei aber deutliche Unterschiede in Abhängigkeit vom Herkunftsstaat festzustellen sind.

Im Überblick



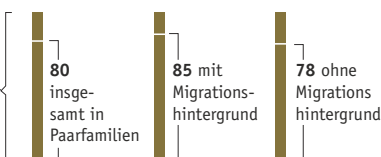
**2016 leben in Deutschland
48% der Bevölkerung in Familien**

Familien mit unter 18-jährigen Kindern in %

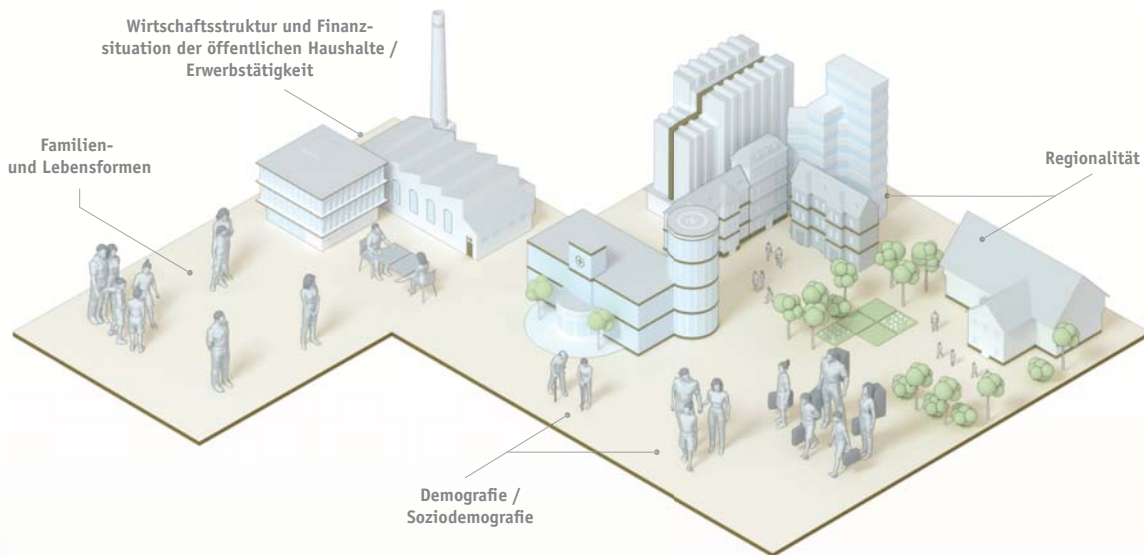
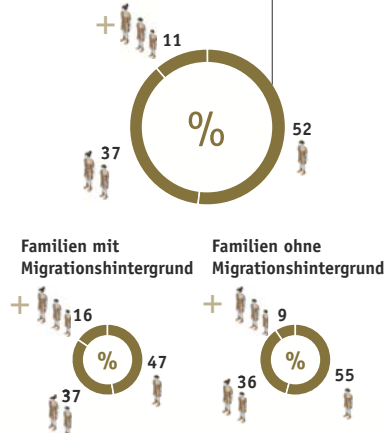


**Die Bevölkerung in Familien lebt zu
80% in Paarfamilien und zu
20% in Alleinerziehendenfamilien**

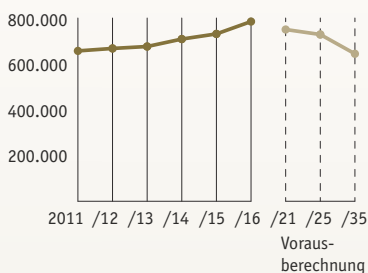
Anteil der Paarfamilien an allen Familien
(2 Erwachsene + X Kinder) in %



**Gut die Hälfte der Kinder in den
Familien ist (noch) Einzelkind**

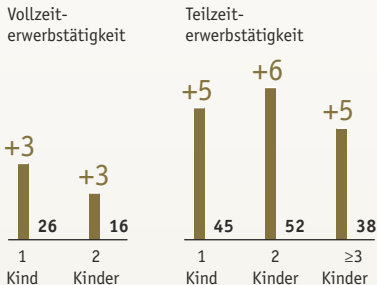


**Seit 5 Jahren steigt die Zahl der
Geburten in Deutschland wieder an,
auf ca. 792.000 im Jahr 2016.
Erst ab 2021 wird mit einem
langsamen Rückgang gerechnet**



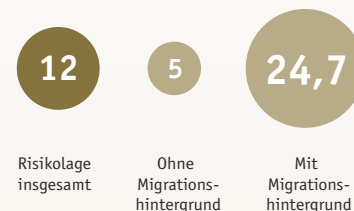
**Zunehmende Erwerbstätigkeit von
Müttern in Paarfamilien in den
letzten 10 Jahren**

In % / Zuwachs in Prozentpunkten



**Kinder in Familien mit Migrationshintergrund leben weiterhin
deutlich häufiger in formal schlechter
gebildeten Elternhäusern**

Bildungsstand der Eltern unter ISCED 3
in % der unter 18-Jährigen



Die letzten Jahre waren geprägt von einer zunehmenden Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung, einem Trend zur Höherqualifizierung, einer wieder steigenden Geburtenrate sowie der verstärkten Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden. Diese übergreifenden Entwicklungen haben sich auf alle Bildungsbereiche ausgewirkt. Das lässt sich gut an der Zahl der Bildungsteilnehmenden verdeutlichen: Der zu beobachtende starke Anstieg der Zahl an Kindern in Betreuungsangeboten der frühen Bildung wird sich zukünftig auch in der Schule fortsetzen. Der Trend zur Höherqualifizierung macht sich zwar in erster Linie durch die deutliche Zunahme der Studierendenzahl bemerkbar. Darüber hinaus führt er aber auch zu einem längeren Verbleib in den Schulen, da mehr Jugendliche die Hochschulreife anstreben.

Für ein hochwertiges Bildungsangebot ist es unabdingbar, dass ausreichend und gut qualifiziertes Bildungspersonal verfügbar ist. Der Bedarf hängt direkt mit der Anzahl der Bildungsteilnehmenden zusammen. Daher ist die Anzahl der Beschäftigten zwischen 2006 und 2016 insbesondere in der Kindertagesbetreuung (+62 %) und an den Hochschulen (+39 %) angestiegen. Auch zukünftig wird der Bedarf noch weiter ansteigen – nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklungen. Dies gilt ebenso für die anderen Bildungsbereiche. Darüber hinaus wird die Situation vor allem in den Schulen durch die Altersstruktur des pädagogischen Personals verschärft. Der große Anteil an über 50-Jährigen wird zu einem besonders hohen Bedarf führen. Gut qualifiziertes Bildungspersonal steht jedoch nicht kurzfristig zur Verfügung. Vielmehr müssen die benötigten Fachkräfte frühzeitig anhand der Altersstruktur und der zukünftigen Bildungsbeteiligung abgeschätzt und ausgebildet werden. Bildungspersonal ist dabei nicht nur in der frühen Bildung, an Schulen und Hochschulen tätig. Auch darüber hinaus sind mehr als 500.000 Personen in einem pädagogischen Beruf beschäftigt – davon allein ca. 157.000 im Bereich des sonstigen Unterrichts (z. B. an Volkshochschulen).

Die Möglichkeiten, Bildungseinrichtungen auszugestalten und auf die sich wandelnden Bedarfe zu reagieren, werden im großen Maße von der Höhe der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben beeinflusst. Das von Bund und Ländern beschlossene Ziel, die Gesamtausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 % des BIP zu steigern, wurde jedoch auch 2016 nicht erreicht (9 %), wenngleich die Ausgaben je Schülerin und Schüler weiter zugenommen haben. Nach wie vor finanziert überwiegend der öffentliche Bereich die

Bildungsausgaben. Die Länder stellen dabei die wichtigsten Mittelgeber dar, gefolgt von den Gemeinden und dem Bund.

Der Trend zur Höherqualifizierung macht sich auch im Bildungsstand der Bevölkerung bemerkbar: Junge Menschen verfügen häufiger über eine Hochschulreife und einen Hochschulabschluss als die ältere Generation. Die sozialen und regionalen Disparitäten bleiben jedoch bestehen. So besuchen Schülerinnen und Schüler aus Haushalten mit hohem Bildungsstand häufiger allgemeinbildende Schulen, die auch zur Hochschulreife führen, als solche aus Haushalten mit niedrigerem Bildungsstand. Zudem gehen 16- bis 30-Jährige mit Migrationshintergrund seltener auf eine Hochschule als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Diese unterschiedliche Beteiligung spiegelt sich auch im Bildungsstand wider. Personen gleichen Alters mit Migrationshintergrund verfügen etwas seltener über einen Hochschulabschluss und haben häufiger keinen beruflichen Abschluss. Das bildungspolitische Ziel der Chancengleichheit stellt so nach wie vor eine der wichtigsten und schwierigsten Herausforderungen dar.

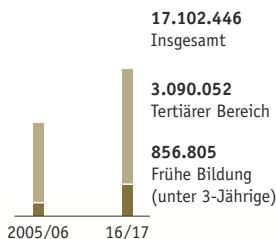
Dies gilt auch für die regionalen Disparitäten. In ländlichen Gebieten nimmt die durchschnittliche Zahl der Schülerinnen und Schüler je Bildungseinrichtung seit 2006 ab. Das hängt vermutlich mit den Bemühungen zusammen, eine wohnortnahe Schulversorgung zu gewährleisten. Im gleichen Zeitraum wurden in strukturschwachen Landkreisen vieler Länder dennoch zahlreiche Grundschulen (-11 %) und berufliche Schulen (-26 %) geschlossen. Dort steht man vor der schwierigen Aufgabe, auch zukünftig ein auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasstes Bildungsangebot zu gewährleisten. Es bleibt also eine wesentliche Herausforderung des Bildungssystems, soziale und regionale Disparitäten zu verringern. Sie kann nur mithilfe von qualifiziertem Personal sowie genügend finanziellen Mitteln bewältigt werden.

Im Überblick



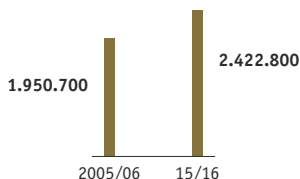
Anstieg der Anzahl an Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, der sich mittelfristig weiter fortsetzen wird

Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer



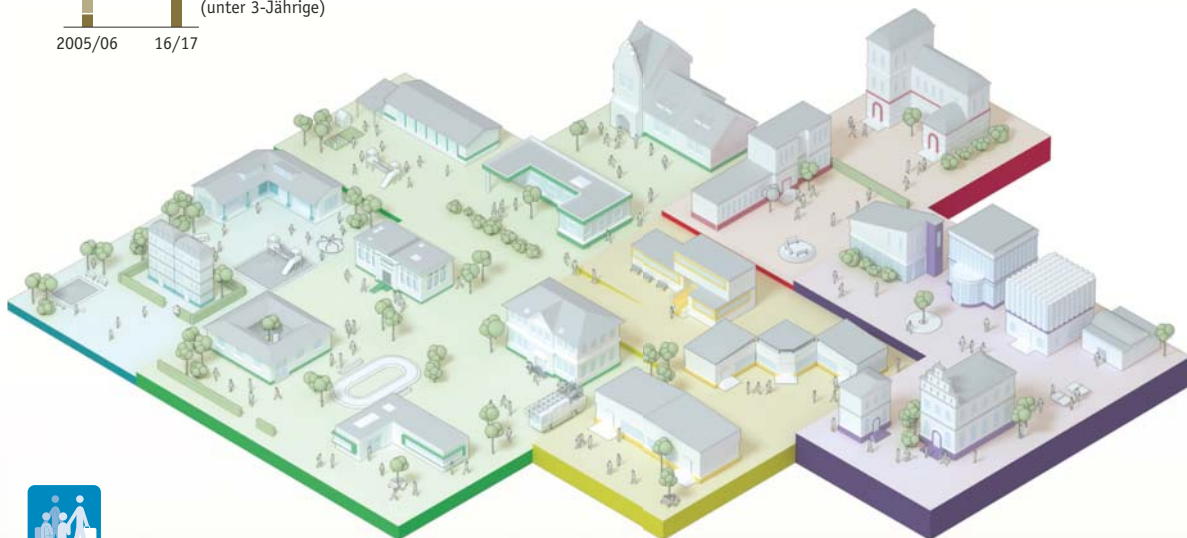
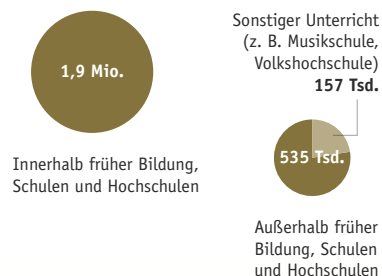
Personaldeckung bleibt trotz deutlicher Zunahme im letzten Jahrzehnt auch künftig eine große Herausforderung

Größe des Bildungspersonals in Zahlen



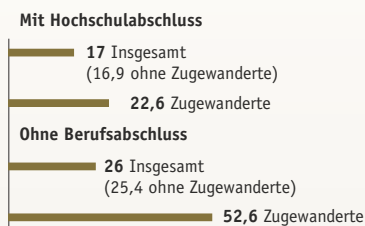
Auch außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen vielfältiges Bildungspersonal

Verteilung Bildungspersonal nach Wirtschaftszweigen



Durch Neuzuwanderung ändert sich der Bildungsstand der Bevölkerung nur geringfügig, da die Zahl der Neuzugewanderten kaum ins Gewicht fällt

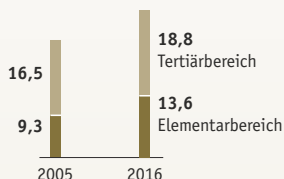
Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren in %
Angaben für Zugewanderte von 2014 bis 2016



10% Ziel bei den Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft noch nicht erreicht

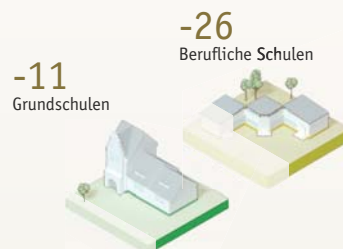
2015 wurden insgesamt von allen Sektoren 274,1 Mrd. Euro (9,0 % des BIP) für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben

Anteil an den Bildungsausgaben in %



Unterschiedliche Herausforderungen in strukturschwachen und -starken Regionen, ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot zu sichern

Rückgang der Bildungseinrichtungen in überwiegend ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten von 2006 bis 2016 in %



Kinder erleben frühe Bildung, Betreuung und Erziehung in unterschiedlichen Kontexten und im Zusammenspiel mit verschiedenen Personen. Beginnend mit den Eltern über Verwandte bis hin zu einer Tagespflegeperson oder den Fachkräften in Kindertageseinrichtungen tragen nach und nach immer mehr Menschen dazu bei, dass neue Lernumgebungen und -anreize entstehen.

Die Betreuungsarrangements der Kinder haben sich 9 Jahre nach der Einführung des Elterngelds und durch den Kita-Ausbau erheblich verändert. Das beeinflusst die Rahmenbedingungen des Aufwachsens. Während im 1. Lebensjahr des Kindes nur halb so viele Mütter in Paarfamilien erwerbstätig sind wie noch 2006, lässt sich ab dem 2. Lebensjahr ein deutlicher Anstieg der Müttererwerbstätigkeit feststellen. Anders die Väter: Für sie ist weiterhin die Vollzeitwerbstätigkeit die Regel.

Der Anstieg der Müttererwerbstätigkeit hängt auch stark damit zusammen, wie die institutionellen Betreuungsangebote in Anspruch genommen werden. Seit Einführung des Rechtsanspruchs für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr verschiebt sich der Einstieg in die Kindertagesbetreuung immer weiter nach vorne. Diese Entwicklung wurde durch den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige, das Inkrafttreten des Rechtsanspruchs für 1- und 2-jährige Kinder sowie die steigende Nachfrage der Eltern noch verstärkt.

Die hohen Ausbauanstrengungen haben bislang noch nicht dazu geführt, dass allen Eltern der Wunsch nach einem Platz in der Kindertagesbetreuung auch erfüllt werden konnte. Hierzu haben auch die unerwarteten demografischen Veränderungen beigetragen. So führten die hohe Zuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 sowie der anhaltende Geburtenanstieg nicht nur zu einer Zunahme der Anzahl von unter 3-Jährigen. Auch die Anzahl der Kinder ab 3 Jahren ist zuletzt wieder gestiegen, sodass die Anzahl der Plätze für ältere Kinder mittlerweile wieder erhöht werden muss.

Im Ergebnis ist die Quote der Bildungsbeteiligung in den letzten beiden Jahren nicht weiter gestiegen – trotz des deutlichen Ausbaus. Da die Anzahl an Kindern unter 6 Jahren in der Bevölkerung in den kommenden Jahren weiter steigen wird und weil bislang noch unerfüllte Elternwünsche bestehen, wird sich dieser Ausbau zukünftig noch stärker als bisher fortsetzen.

Die Heterogenität in den Einrichtungen nimmt weiter zu: So kommen immer mehr jüngere Kinder in die Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege. Außerdem steigt die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die zu Hause vorrangig nicht Deutsch sprechen, bereits seit Jahren kontinuierlich an. Das gilt auch für die Kinder mit Eingliederungshilfe aufgrund einer Behinderung. Darauf reagieren Träger, Einrichtungen und Politik mit einer verbesserten Personalausstattung. Die Personalschlüssel verbessern sich, je mehr unter 3-jährige Kinder in einer Gruppe sind. Auch in Gruppen mit überdurchschnittlich vielen Kindern, die zu Hause vorrangig nicht Deutsch sprechen, und in Gruppen, in denen Kinder mit Eingliederungshilfe aufgrund einer Behinderung betreut werden, wird so vorgegangen.

Mit Blick auf die Personalschlüssel bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den Ländern, sodass pädagogisch Tätige in einigen ostdeutschen Ländern rechnerisch zum Teil für doppelt so viele Kinder zuständig sind wie ihre Kolleginnen und Kollegen in einigen westdeutschen Ländern. Würden sich alle Länder tendenziell an den fachlichen Empfehlungen orientieren, müssten bis 2025 bis zu 270.000 zusätzliche Fachkräfte eingestellt werden. Darüber hinaus muss für 171.000 derzeit Beschäftigte, die alters- oder gesundheitsbedingt ausscheiden, Ersatz gefunden werden. Zudem werden weitere 142.000 Fachkräfte aufgrund demografischer Entwicklungen und noch nicht erfüllter Elternwünsche benötigt. Dies würde eine erhebliche Herausforderung für das System der Kindertagesbetreuung darstellen, sofern die aktuellen Höchstwerte neu ausgebildeter Fachkräfte nicht noch deutlich weiter steigen. Die bisherigen Ausbildungskapazitäten werden den künftigen Fachkräftebedarf nicht decken können. Um das seit Langem bestehende hohe Qualifikationsniveau der Fachkräfte aber halten zu können, werden hohe Anstrengungen erforderlich sein.

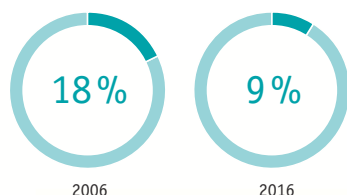
Am Ende der frühen Bildung steht der Übergang in die Schule. Dieser findet in den einzelnen Ländern unterschiedlich früh statt. Und nicht alle Schülerinnen und Schüler besuchen dann eine Regelschule. Deutschlandweit werden 21.700 Kinder direkt in eine Förderschule eingeschult; das sind 3 % aller Kinder.

Im Überblick



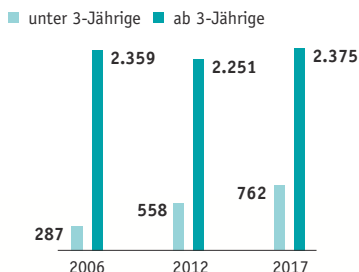
Durch die Einführung des Elterngelds mehr zeitliche Ressourcen für Mütter und Väter, sich im ersten Lebensjahr der Betreuung ihrer Kinder zu widmen

Anteil der erwerbstätigen Mütter in Paarfamilien von unter 1-jährigen Kindern



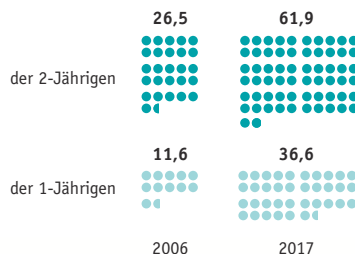
Ausbau der Kindertagesbetreuung setzt sich weiter fort und betrifft nicht mehr nur Angebote für unter 3-Jährige, sondern seit 2013 auch wieder die Angebote für Kinder ab 3 Jahren

Kindertagesbetreuungsplätze in Tausend



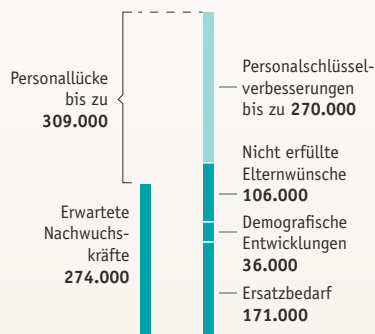
Immer mehr Kinder nutzen immer früher in ihrem Leben Kindertagesbetreuungsangebote

Bildungsbeteiligungsquote in %



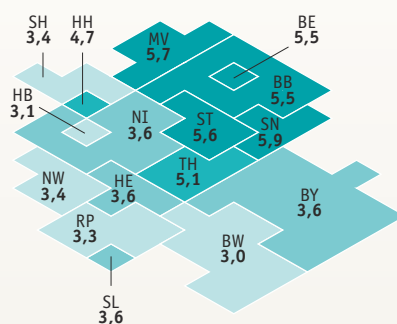
Trotz des starken Personalzuwachses in den vergangenen Jahren auch zukünftig hohe Ersatz- und Mehrbedarfe bis 2025 aufgrund aktueller Entwicklungen

Personalbedarf bis 2025 insgesamt bis zu 583.000



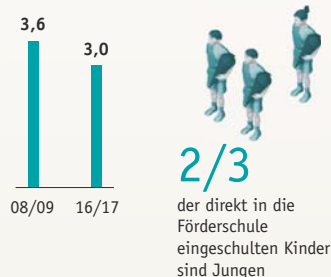
Weiterhin große Länderunterschiede bei den Personalschlüsseln in Kindertageseinrichtungen

Ganztagsbetreute Kinder je vollzeitbeschäftigter Person nach Bundesländern (Gruppen für Kinder unter 3 Jahren)



Rückgang der direkten Einschulungen in die Förderschule seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention, jedoch deutliche Geschlechterunterschiede

Direkte Einschulung in die Förderschule in %



Das Schulwesen war in den vergangenen 2 Jahrzehnten in vielen Ländern von erheblichen Anpassungen geprägt. Die Schülerzahlen gingen demografisch bedingt zurück, die Anforderungen an die Qualitätssicherung der Einzelschulen sind gestiegen und das Schulwahlverhalten von Eltern und Kindern hat sich verändert. Inzwischen zeichnet sich ab, dass die meisten Länder nach der Grundschulzeit neben dem Gymnasium nur noch Schularten mit mehreren Bildungsgängen (d. h. mit verschiedenen Abschlussoptionen) anbieten. Teilweise eröffnen diese Schulen neben dem Haupt- und Realschulbildungsgang auch die gymnasiale Laufbahn zum Abitur.

Die schulstrukturellen Reformen waren vielerorts mit Schulzusammenlegungen oder -schließungen verbunden, vor allem in ländlichen Regionen. Perspektivisch deuten sowohl steigende Geburten- als auch erhöhte Zuwanderungszahlen darauf hin, dass der Bedarf an Schulen wieder zunimmt. Es wird damit auch zu einer Herausforderung, den künftigen Personalbedarf zu decken – allein deshalb, weil in einigen Ländern mehr als die Hälfte der Lehrkräfte über 50 Jahre alt ist. Dass 2016 von allen Neueinstellungen in den Schuldienst 8 % keine klassische Lehramtsausbildung hatten (Seiteneinsteiger), zeugt schon jetzt von einer sehr angespannten Personalsituation in einigen Ländern. Zusätzlicher Personalbedarf im außerunterrichtlichen Bereich in Ganztagschulen sowie in Horten dürfte auch mit der geplanten Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter entstehen. Gegenwärtig wartet zwar nur ein kleiner Teil der Eltern auf einen Ganztagsplatz für ihre Kinder, allerdings ist noch nicht absehbar, welche zusätzlichen Bedarfe durch die demografischen Entwicklungen sowie mögliche zunehmende Elternwünsche entstehen.

Je knapper die Zahl an Lehrkräften ist, desto eher dürften vor allem Bildungseinrichtungen mit ungünstigen Ausgangslagen Probleme bekommen, Nachwuchslehrkräfte zu finden. Diese Rahmenbedingungen unterscheiden sich zwischen den Schularten sowie im Einzelschulvergleich beträchtlich: Geringer Sozialstatus, Migrationshintergrund, geringe kognitive Kompetenzen und Eltern mit niedrigem Bildungsstand kennzeichnen die Schülerzusammensetzung in vielen Hauptschulen, während dies z. B. an Gymnasien kaum der Fall ist. Diese Unterschiede prägen nachweislich auch die Ausgestaltung des Unterrichts und die Bildungsergebnisse, legen sie aber nicht fest.

Da die von Bund und Ländern ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinde-

rungen vorsieht, allen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung zu ermöglichen, wird eine Kernfrage der künftigen Schulentwicklung bleiben, wie mit den unterschiedlichen Ausgangslagen von Kindern und Jugendlichen bestmöglich umgegangen werden kann. Denn die Heterogenität in den Klassenzimmern nimmt weiter zu – nicht nur angesichts des schulstrukturellen Wandels oder der Zuwanderung, sondern auch mit Blick auf die sonderpädagogische Förderung. 2016 gab es erneut mehr Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischer Förderung als in den Vorjahren. Die Förderquote stieg auf 7 % aller Schülerinnen und Schüler. Bei einem bundesweiten Inklusionsanteil von nunmehr 39 % erfolgt die sonderpädagogische Förderung weiterhin überwiegend in Förderschulen; in 4 Ländern wird die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in allgemeinen Schulen unterrichtet.

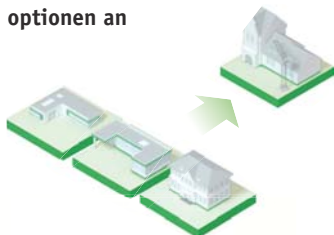
Einer der markantesten Trends bleibt, dass Eltern und Kinder eine höhere Schulbildung anstreben. Dies lässt sich in vielen Ländern sowohl an steigenden Übergangsquoten in Schularten mit Option auf das Abitur als auch an höheren Studienberechtigtenquoten am Ende der Schulzeit ablesen. Dabei zeigt sich vor allem die ungebrochene Attraktivität des Gymnasiums, auch in Ländern mit Abiturzugang an anderen Schularten.

Parallel zu der gestiegenen Nachfrage nach höheren Schularten und -abschlüssen sind über viele Jahre die Anzahl und der Anteil der Jugendlichen zurückgegangen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. 2016 lag diese Quote jedoch mit 6 % wieder leicht über jener der Vorjahre. Dies geht jedoch vornehmlich auf einen Anstieg bei den ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern zurück. Daher dürfte es sich um eine temporäre Folge der Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 handeln. Um das 2007 von Bund und Ländern erklärte Ziel zu erreichen, den Anteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss zu halbieren, sind gleichwohl weitere Anstrengungen notwendig. Denn erstens zeichnen sich in den Schülerleistungsstudien bislang nicht die notwendigen Kompetenzfortschritte ab. So erreichte auch beim IQB-Bildungstrend 2015 fast jeder 10. in der Jahrgangsstufe 9 beim Leseverstehen nicht den Mindeststandard für den Hauptschulabschluss. Und zweitens stammt ein Großteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen, an denen der Erwerb eines herkömmlichen Abschlusses zum Teil nicht vorgesehen ist.

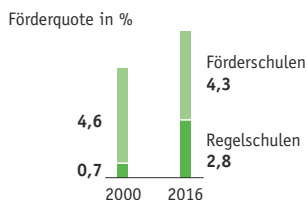
Im Überblick



Immer mehr Schulen bieten verschiedene Bildungsgänge bzw. mehrere Abschlussoptionen an

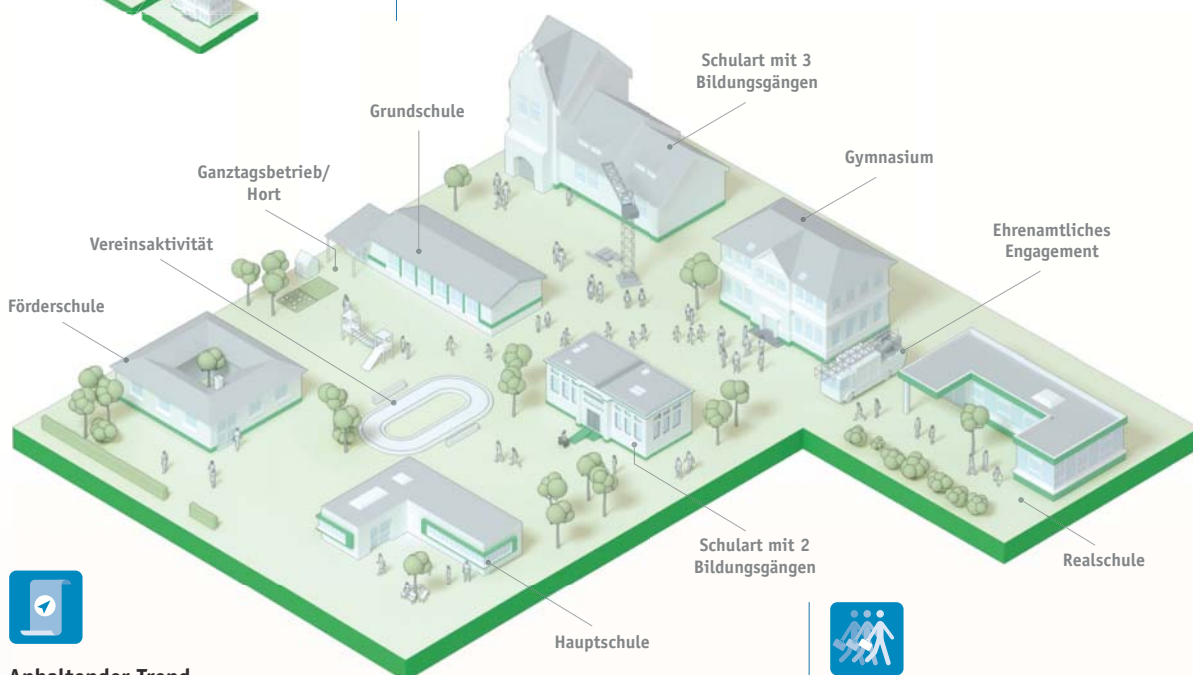
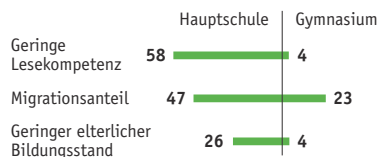


Zunehmende Heterogenität in den Klassenzimmern durch Zusammenlegung von Schularten, Migration und inklusive Beschulung



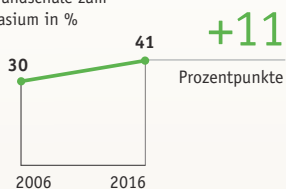
Große Unterschiede in der sozialen und leistungsbezogenen Zusammensetzung der Schülerschaft

Ausgewählte Merkmale 2015 in %

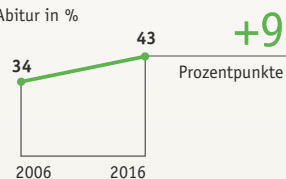


Anhaltender Trend zu höherer Schulbildung

Mehr Übergänge von der Grundschule zum Gymnasium in %

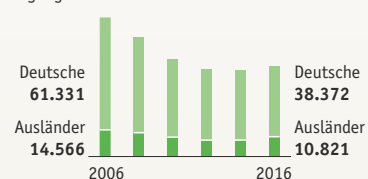


Mehr Absolventen mit Abitur in %



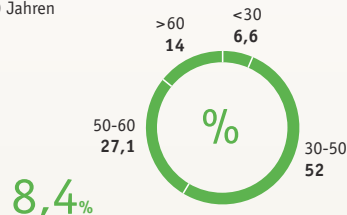
Nach langjährigem Rückgang zuletzt mehr Schulabgänger ohne (Hauptschul-)Abschluss

Abgänger ohne Abschluss



Hoher Ersatzbedarf beim pädagogischen Personal sowie Mehrbedarfe aufgrund gestiegener Geburten- und Zuwanderungszahlen, Ganztags und Inklusion

Lehrkräfte 2016 im Alter von unter 30 bis über 60 Jahren



8,4%

Seiteneinsteiger bei den Neueinstellungen in den Schuldienst

Die Befunde zum Ausbildungsbereich zeigen, dass in den nächsten Jahren große Kraftanstrengungen erforderlich sind, um die zentralen Ziele der beruflichen Bildung zu erreichen. Zu diesen zählen insbesondere die Sicherstellung eines Ausbildungsangebots, das den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht wird, sowie eine bedarfsorientierte Versorgung des Arbeitsmarkts mit Fachkräften.

Das duale Ausbildungssystem wies in den letzten 3 Jahren leichte Zuwächse auf und erreichte 2017 knapp eine halbe Million Neuzugänge. Diese Stabilisierung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Ausbildungsplatzangebot von 2007 bis 2017 um ca. 11 % verringert hat, die Nachfrage um etwa 20 %. Letzteres hängt mit der demografischen Entwicklung, aber auch mit den gestiegenen Bildungsaspirationen von Schulabsolventinnen und -absolventen zusammen. Damit wächst die Konkurrenz zwischen Hochschulen und Betrieben um dieselben Personen. Trotz des stärkeren Rückgangs der Ausbildungsnachfrage im Vergleich zum Ausbildungsangebot fehlen immer noch in knapp drei Vierteln der Arbeitsagenturbezirke Ausbildungsplätze. Dabei zeichnet sich ein Süd-Nord-Gefälle ab. Hinzu kommt, dass Angebot und Nachfrage auf regionaler und beruflicher Ebene immer schlechter zueinander passen: Einer kleinen Zahl an Berufsgruppen mit einem Überangebot an Plätzen steht eine hohe Zahl an Berufen mit einer Unterdeckung gegenüber. Der Anteil unbesetzt gebliebener Ausbildungsstellen stieg von 2015 bis 2017 auf 9 %, der Anteil unverzogter Bewerber blieb konstant bei 13 %.

Innerhalb des Schulberufssystems haben sich gravierende strukturelle Veränderungen vollzogen. Die Ausbildungsmöglichkeiten konzentrieren sich zunehmend auf Berufe des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens, in die 2016 4 von 5 Jugendlichen eingemündet sind. Bundesweit zeichnet sich in den Gesundheits-, vor allem jedoch in den Pflegeberufen eine hohe Arbeitskräftenachfrage ab, die nicht gedeckt werden kann. Ähnliches gilt für die Erziehungsberufe, wenn auch mit einer regional unterschiedlichen Ausprägung. Insofern ist es ein wichtiger Beitrag der beruflichen Bildung zur Fachkräftesicherung, diese Ausbildungsmöglichkeiten auszubauen. Zugleich schränkt dieser strukturelle Umbau die Berufswahloptionen im Schulberufssystem ein. Das gilt insbesondere für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss und für männliche Jugendliche. Ausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen setzen – von den Helferberufen abgesehen – einen mittleren Abschluss voraus und werden nach wie vor überwiegend von Frauen gewählt.

Nach jahrelangem Rückgang ist die Anzahl der Neuzugänge in den Übergangssektor ab 2015 erneut angestiegen. Sie lag auch 2017 mit knapp 292.000 auf einem hohen Niveau. Damit nahm dieser Sektor einen Anteil von 29 % aller Neuzugänge in die 3 Sektoren der beruflichen Bildung (duale Ausbildung, Schulberufssystem, Übergangssektor) ein. Der Anstieg lässt sich mit der zuletzt erfolgten Integration von Schutz- und Asylsuchenden in die Berufsvorbereitung erklären.

Mit dem erneuten Anwachsen des Übergangssektors geraten vor allem die Länder unter Druck, denn sie stellen das Gros der Berufsvorbereitungsangebote bereit: Einerseits geht es darum, die beruflichen Perspektiven der betroffenen Jugendlichen zu fördern. Andererseits stellt die veränderte Zusammensetzung der Gruppe der Jugendlichen neue Herausforderungen. So wuchs der Anteil ausländischer Jugendlicher an den Neuzugängen im Übergangssektor von 14 % im Jahr 2005 auf 36 % im Jahr 2016; der Anteil von Personen ohne Hauptschulabschluss stieg von 16 auf 29 %. Für beide Gruppen ergeben sich immense Nachteile beim Zugang zu Ausbildung. Besonders hohe Hürden haben jedoch Personen zu überwinden, bei denen mehrere Benachteiligungsmerkmale vorliegen. Die Angebote des Übergangssektors werden sich daran messen lassen müssen, ob es gelingt, die Chancen auf Ausbildung für diese Personen zu verbessern.

Alle 3 Sektoren unterliegen durch ihre funktionale und institutionelle Nähe zum Arbeitsmarkt einer starken Dynamik, da die wirtschaftliche Lage auf das Ausbildungssystem unmittelbar durchschlägt. Mit Blick auf die anhaltenden Schwierigkeiten im Ausbildungszugang für die genannten Gruppen, aber auch angesichts der beruflichen und regionalen Passungsprobleme sind alle Akteurinnen und Akteure der beruflichen Bildung gefragt. Insbesondere wird es darum gehen, Strategien und Konzepte zu entwickeln, die ein auswahlfähiges Ausbildungsangebot fördern und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses beitragen.

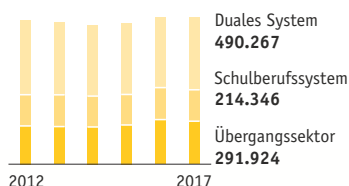
Neue Herausforderungen für die berufliche Ausbildung zeichnen sich auch im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt ab. Dadurch sind Veränderungen in den Qualifikationsprofilen zu erwarten und teilweise bereits sichtbar. Vor dem Hintergrund einer großen Heterogenität betrieblicher Rahmenbedingungen stellt sich damit auch die Frage, wie sich die Qualität der Ausbildung sichern und verbessern lässt.

Im Überblick



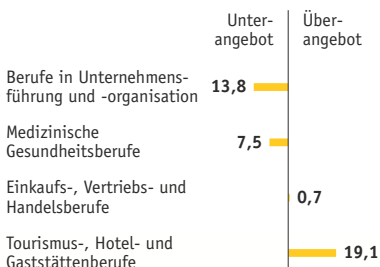
Konstante Anfängerzahlen im beruflichen Ausbildungssystem, kein weiterer Anstieg des Übergangssektors

Anfänger nach Sektoren der Berufsausbildung



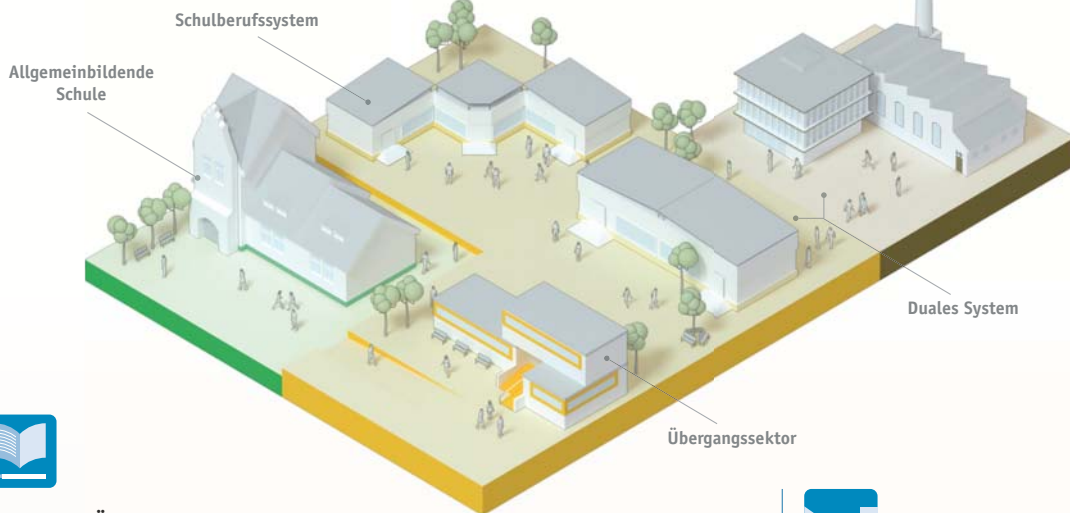
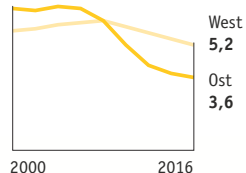
Verbesserte Angebots-Nachfrage-Relation, aber Versorgungs- und Besetzungsprobleme nach Berufen und Regionen

Angebots-Nachfrage-Relation ausgewählter Berufe in %



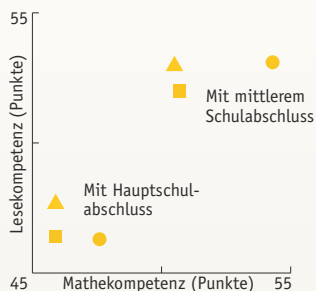
Sinkende Ausbildungsquote und Rückzug vor allem von kleinen und Kleinstunternehmen birgt Gefahr des Verlusts an Ausbildungsinfrastruktur, insbesondere in Ostdeutschland

Ausbildungsquote in % (Anteil Auszubildender an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)



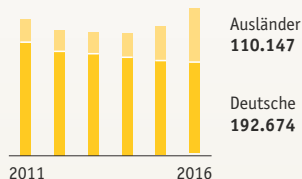
Erhebliche Überschneidungen in den Kompetenzniveaus von Jugendlichen mit und ohne Ausbildungszugang

■ Im Übergangssektor ▲ Im Schulberufssystem ● Im dualen System



Der Anteil ausländischer Neuzugänge in den Übergangssektor steigt – vor allem ein Effekt der Zuwanderung in den letzten Jahren

Neuzugänge im Übergangssektor



Integration in Erwerbstätigkeit und Einkommen 2 Jahre nach Ausbildungsabschluss verbessert, insbesondere Angleichung von Ost und West, aber auffällige Unterschiede nach Berufen

Erwerbstätigkeit von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen des Jahres 2014 zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss in % (Auswahl, Voll- und Teilzeit)



Das Hochschulwesen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert, seine Stellung im Bildungssystem insgesamt gewandelt: Die wichtigsten Entwicklungen lassen sich mit den Begriffen Wachstum, Diversifizierung und Strukturwandel benennen. Diese 3 großen Linien der Hochschulentwicklung zeichnet der Bildungsbericht 2018 nach.

Der Wachstumstrend zeigt sich insbesondere in der seit 2007 stark gestiegenen Beteiligung an der Hochschulbildung. Seit 5 Jahren nehmen jährlich mehr als eine halbe Million junger Menschen ein Studium auf. Die hohe Studienanfängerquote beruht im Wesentlichen auf den veränderten Bildungsentscheidungen der Jugendlichen und ihrer Eltern. Bezogen auf die altersgleiche inländische Bevölkerung schreiben sich etwa 45 % der jungen Menschen für ein Studium ein. Ein zusätzlicher Wachstumsimpuls geht außerdem von der steigenden Zahl internationaler Studierender aus. Das spricht für die hohe Attraktivität eines Hochschulstudiums in Deutschland. Internationale Studierende machen etwa ein Fünftel der neu Eingeschriebenen aus, sodass sich die Studienanfängerquote insgesamt auf 57 % beläuft. Ihre Studienziele sind sehr unterschiedlich und reichen vom einsemestrigen Auslandsstudium bis zur Promotion.

Ein deutliches Wachstum und zugleich ein Wandel in der institutionellen Struktur zeichnen sich auch bei der Hochschulinfrastruktur ab. Die Zahl der Hochschulen hat seit Mitte der 1990er-Jahre um gut 100 zugenommen, ganz überwiegend im privaten Hochschulsektor. Die privaten Hochschulen stellen für eine mit weniger als 10 % kleine, aber wachsende Gruppe von Studieninteressierten spezielle Angebote bereit, z. B. berufsbegleitende Studiengänge.

Verschiedene Förderprogramme von Bund und Ländern (wie der Hochschulpakt oder der Qualitätspakt Lehre) haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, die steigende Studiennachfrage aufzufangen. Das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen wurde parallel zur Zahl der Studierenden ausgebaut, sodass sich die Betreuungsrelationen nicht verschlechtert haben.

Die zunehmende Vielfalt im Hochschulwesen zeigt sich zum einen in der institutionellen Struktur. Der Ausbau der Fachhochschulen, vor allem auch in privater Trägerschaft, hat zusammen mit der Studienreform spezialisierte Studienangebote begünstigt. Insgesamt ist das Studienangebot mit etwa 10.000 grundständigen und 9.000 weiterführenden Studiengängen unübersichtlicher geworden. Eine Folge dieser wachsenden Angebotsviel-

falt besteht darin, dass eine gezielte Studienentscheidung und eine adressatengerechte Studieneingangsphase für den Studienerfolg immer wichtiger werden. Das betrifft auch die Aufgabe, den immer noch hohen Studienabbruch zu verringern.

Eine größere Diversität zeigt sich auch in der Zusammensetzung der Gruppe der Studentinnen und Studenten. Der steigende Anteil Studierender, die aus dem Ausland kommen, trägt zur Internationalisierung der Hochschulen bei. Zugenommen hat auch der Anteil derjenigen, die nicht über einen traditionellen Zugangsweg mit einer schulischen Hochschulreife in die Hochschule gekommen sind. Knapp ein Drittel der Studierenden studiert faktisch in Teilzeit und muss das Studium mit anderen Verpflichtungen in Einklang bringen. Die wachsende Diversität macht eine differenzierte Studiengestaltung erforderlich, die unterschiedliche Lebenslagen ebenso berücksichtigt wie individuelle Lernbedürfnisse. In anderer Hinsicht könnte die Diversität weiter ausgebaut werden: So sind Studierende mit Migrationshintergrund an den Hochschulen nach wie vor unterrepräsentiert. Und auffällig sind die anhaltenden sozialen Disparitäten: Die Wahrscheinlichkeit, ein Studium aufzunehmen, ist unter denjenigen, die bereits aus einem akademisch vorgebildeten Elternhaus kommen, um ein Vielfaches höher als unter denjenigen, deren Eltern nicht über einen Hochschulabschluss verfügen.

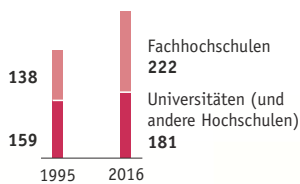
Mit der Expansion der Hochschulbildung ist die traditionelle Dominanz der betrieblich-dualen Berufsausbildung nicht mehr gegeben. Die Teilnehmenden verteilen sich jetzt relativ gleichmäßig auf die betriebliche Ausbildung und die Hochschulbildung. In Teilen der Öffentlichkeit ist die Befürchtung weit verbreitet, die Ausweitung der Hochschulbildung würde zu einem „downgrading“ in der Beschäftigung führen. Doch dafür liefern die verfügbaren Arbeitsmarktkindikatoren keine Hinweise. Die Beschäftigungssituation von Personen mit einem Masterabschluss stellt sich trotz des starken Wachstums der Absolventenzahlen als günstig dar. Ein großer Teil der Bachelorabsolventinnen und -absolventen, die erwerbstätig werden, übernimmt berufliche Positionen, für die früher ein Fachhochschuldiplom notwendig war. Es zeigen sich aber häufiger Anzeichen, dass ein universitärer Bachelorabschluss in eine nicht adäquate Beschäftigung münden kann. Insgesamt ist die Arbeitsmarktlage für Hochqualifizierte, bei einigen Unterschieden nach Studienfächern, jedoch weiterhin günstig.

Im Überblick

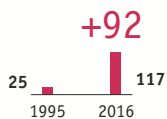


Wachstum und Strukturwandel des Hochschulwesens: Fachhochschulen, vor allem in privater Trägerschaft, gewinnen an Bedeutung

Anzahl der Hochschulen

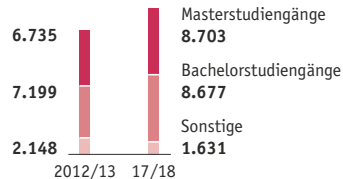


... in privater Trägerschaft



Großes und ausdifferenziertes Studienangebot

Fünffjahresvergleich der Studienangebote (jeweils Wintersemester)

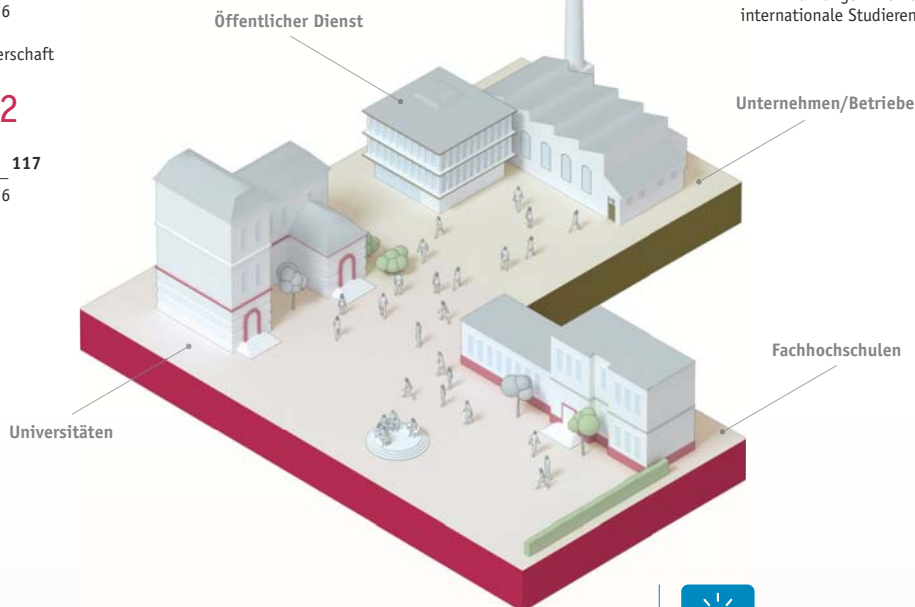


Studiennachfrage seit Jahren auf Rekordniveau

Studienanfängerzahl seit 5 Jahren über 500.000, gegenüber 1995 fast Verdopplung (261.400)

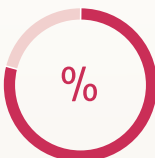


Ein Fünftel der Studienanfängerinnen und -anfänger sind internationale Studierende (2016: 19,9%)

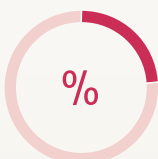


Nach wie vor große soziale Disparitäten bei der Beteiligung an Hochschulbildung

Haben die Eltern einen Hochschulabschluss, studieren 79% der Kinder

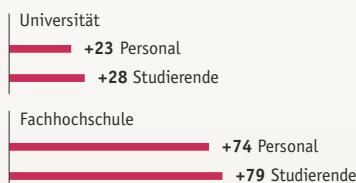


Haben die Eltern eine berufliche Ausbildung (und kein Abitur), sind es nur 24%



Personalausbau in etwa parallel zur steigenden Studiennachfrage

Zuwachs zwischen 2005 und 2016 in %



Hochschulabsolventinnen und -absolventen je nach Abschluss auf unterschiedlichem Anforderungsniveau tätig

Junge erwerbstätige Hochschulabsolventinnen und -absolventen, deren berufliche Tätigkeit typischerweise keinen Hochschulabschluss erfordert



Nach einer längeren Phase der Stagnation hat sich die Teilnahme an Weiterbildung ab 2012 auf einem gegenüber dem vergangenen Jahrzehnt um knapp 10 Prozentpunkte erhöhten Niveau eingependelt. 2016 nahm etwa jede zweite Person im Alter von 18 bzw. 19 bis unter 65 Jahren an einem Weiterbildungsangebot teil.

Diese Entwicklung wurde vor allem durch die betriebliche Weiterbildung befördert. Die Beteiligungsquote liegt hier bei stabilen 36 %, während sie bei der individuell-berufsbezogenen (7 %) und der nicht berufsbezogenen Weiterbildung (13 %) deutlich darunter liegt. Damit hängt der Zugang zur Weiterbildung nach wie vor in erster Linie davon ab, ob eine Person erwerbstätig ist oder nicht.

Diese Abhängigkeit ist nicht ohne Tücken. Auch wenn inzwischen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Quote 2016: 35 %) häufiger als in der Vergangenheit an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen, bleiben die bekannten sozialen Disparitäten insgesamt unübersehbar: Erwachsene mit Migrationshintergrund, mit maximal Hauptschulabschluss und ohne abgeschlossene Berufsausbildung nehmen deutlich seltener an Weiterbildung teil als der Durchschnitt. Das gilt auch für Arbeitslose.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einer zunehmenden Digitalisierung von Arbeits- und Lebenswelten muss die schon länger im Raum stehende Frage erneut und mit hoher Dringlichkeit gestellt werden: Inwieweit wird es sich Deutschland noch leisten können, dass die Weiterbildung derart stark an betriebliche Angebote und damit an Marktmechanismen gebunden ist?

Das wird an den betrieblichen Faktoren deutlich, die einen Einfluss auf die Weiterbildungsbeteiligung ausüben: Neben einer geringen Betriebsgröße wirken sich vor allem unterdurchschnittliche Investitions- und Innovationsaktivitäten, ungünstige Ertragslagen und eine geringe Exportorientierung negativ darauf aus, ob die Unternehmen ihren Beschäftigten überhaupt ein Weiterbildungsangebot machen. Zwar geht der seit 2010 erfolgte Anstieg der weiterbildungsaktiven Betriebe zuvorderst auf das Konto von Kleinst- und Kleinbetrieben mit weniger als 50 Beschäftigten (Anstieg um 16 bzw. 18 Prozentpunkte). Jedoch ist nicht zu übersehen, dass auch derzeit jeder 2. Kleinst- und fast jeder 4. Kleinbetrieb kein einziges Weiterbildungsangebot unterbreitet. Hinzu kommt,

dass das von durchschnittlich fast 30 % der Beschäftigten innerhalb eines Jahres wahrgenommene betriebliche Weiterbildungsangebot ein Volumen von maximal 8 Stunden ausmacht. Dies kann als begrenzte Intensität der jeweiligen Weiterbildung gedeutet werden.

Kaum ein anderer Bildungsbereich ist so auf die Flexibilität seiner Angebote angewiesen wie der Weiterbildungssektor. Er muss auf schnell wechselnde Bedürfnisse, zeitliche Rahmenbedingungen und Themen reagieren. Davon unabhängig bleibt die Frage auf der Tagesordnung, ob Weiterbildungen weiterhin vor allem von teils semi-professionellen Honorarkräften und Nebenerwerbstätigen durchgeführt werden sollten. Schließlich soll Weiterbildung stärker zur gesellschaftlichen und kulturellen Integration beitragen, was gestiegene Anforderungen an das Personal mit sich bringt. Auch wenn 63 % des Personals über einen Hochschulabschluss, insgesamt sogar ca. 80 % über einen tertiären Bildungsabschluss (ISCED 5–8) verfügen, spricht die starke Abhängigkeit der Weiterbildungsfinanzierung von der jeweiligen Weiterbildungsorganisation eher für eine unzulängliche Professionalisierung des Feldes.

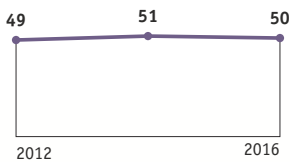
Ein größeres Augenmerk sollte sich auf die Qualitätsentwicklung der beruflichen Weiterbildungsangebote und ihre Steuerung durch Betriebe, Arbeitsagenturen und Jobcenter richten. Das legen die ambivalenten Befunde zum Nutzen von Weiterbildung nahe: Zwar steigen bei der Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW) die Eingliederungsquoten in Arbeit sowohl bei kürzeren als auch längeren Maßnahmen auf insgesamt 61 %, jedoch lässt sich nicht belegen, inwiefern dies auf die besuchte Weiterbildung zurückzuführen ist oder vor allem von der guten wirtschaftlichen Lage und einem steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften gestützt wird. Außerdem müssen vor allem Langzeitarbeitslose deutlich höhere Hürden überwinden, um in ein Beschäftigungsverhältnis zu kommen. Hier könnte sich negativ auswirken, dass die konkrete Weiterbildung manchmal eher angeordnet als freiwillig wahrgenommen wird. Ein Indiz dafür ist, dass die Teilnehmenden den Nutzen der Weiterbildung bei privaten und freiwillig belegten Weiterbildungsangeboten positiver einschätzen als bei verpflichtenden und vom Arbeitgeber initiierten Kursen.

Im Überblick

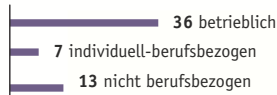


Seit 2012 Stagnation der Weiterbildungsquote, betriebliche Weiterbildung stellt konstant das mit Abstand größte Weiterbildungssegment dar

Teilnahmequote Weiterbildung in %

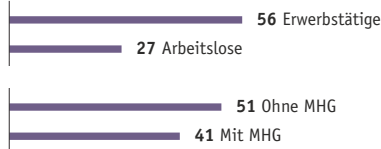


Teilnahmequote Weiterbildung 2016 in %



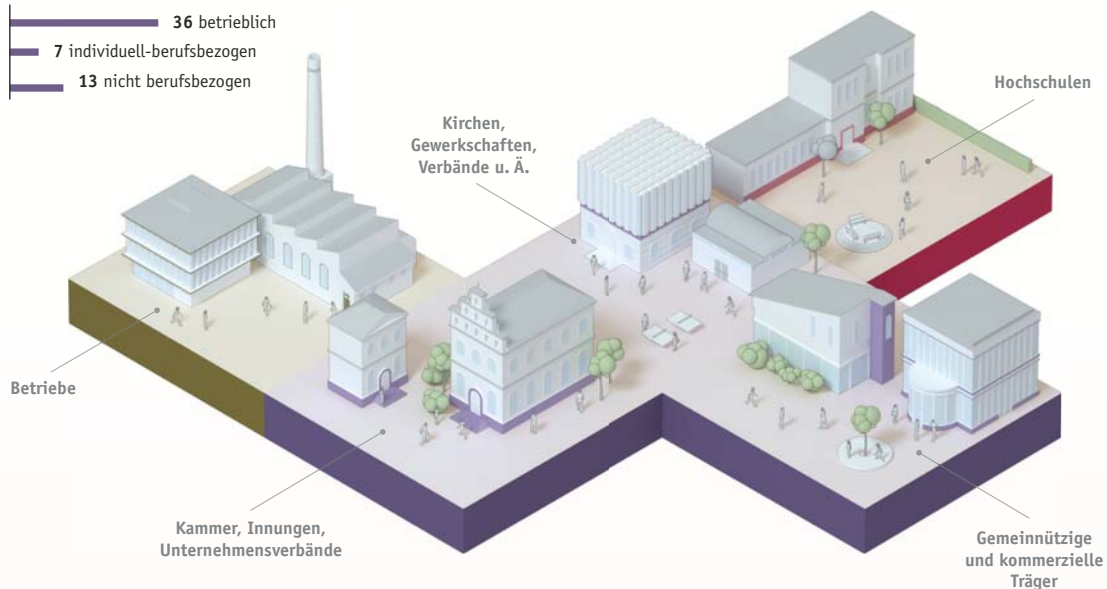
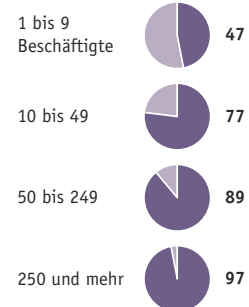
Disparitäten in der Weiterbildungsteilnahme nehmen für Menschen mit Migrationshintergrund (MHG) leicht ab, für Arbeitslose und Geringqualifizierte hingegen 2016 leicht zu

Teilnahmequote an Weiterbildungen 2016 in % nach Gruppen



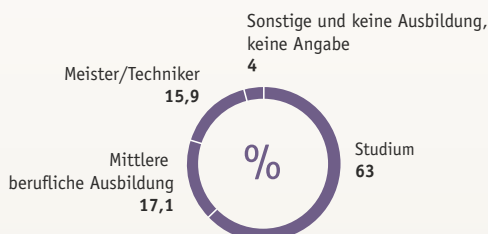
Anteil von Unternehmen mit Weiterbildungsangeboten seit 2011 bei über 50%, variiert aber stark mit der Betriebsgröße

Anteil Unternehmen mit Weiterbildungsangeboten 2015 nach Betriebsgröße in %



Hohes Qualifikationsniveau des Weiterbildungspersonals

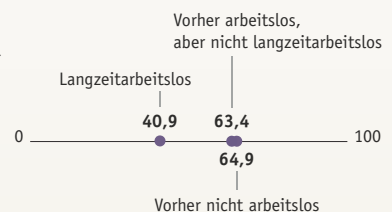
Beruflicher Abschluss in %



Förderung beruflicher Weiterbildung bei Langzeitarbeitslosen deutlich seltener beschäftigungswirksam

Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung 2014 24 Monate nach Maßnahmenende

Eingliederungsquote in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in %



Bildung ist nicht nur ein wertvolles Gut, sondern lohnt sich auch für die Menschen – und das nicht nur auf dem Arbeitsmarkt. Das Spektrum der Erträge reicht von einer höheren Erwerbsbeteiligung über bessere Gehälter bis hin zu einer gesünderen Lebensweise und einer höheren Zufriedenheit im Leben.

Insgesamt sah die Erwerbsquote 2016 in Deutschland über alle Bildungsniveaus hinweg positiv für die 25- bis unter 65-Jährigen aus. Frauen waren insgesamt zu 76 % und Männer zu 85 % beschäftigt. Menschen mit höher qualifizierenden Abschlüssen sind dabei häufiger erwerbstätig und seltener arbeitslos.

Die mit dem Bildungsstand zunehmende Integration auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich in dem Bruttostundenlohn der Beschäftigten nieder. Frauen mit einem höheren akademischen Abschluss verdienen fast 8 Euro mehr pro Stunde als die Mehrheit der weiblichen Bevölkerung, die einen Abschluss im Sekundarbereich II hat. Unter den Männern verdienen die Akademiker fast 9 Euro mehr. Noch deutlicher werden die Unterschiede beim Einkommen bei den Monatsgehältern. Unabhängig von dieser positiven Wirkung von Bildung bleibt der „gender pay gap“ bestehen: Frauen verdienen weniger als Männer, Akademikerinnen sind hiervon häufiger betroffen.

Bildung wirkt aber auch über den Arbeitsmarkt hinaus: Akademikerinnen und Akademiker mit einem Abschluss auf Masterniveau sind fast doppelt so häufig an politischen Themen interessiert wie Frauen und Männer mit einem Abschluss im Sekundarbereich II. Sie engagieren sich auch häufiger politisch. Bei der letzten Bundestagswahl 2017 gingen beispielsweise Personen mit einem (Fach-)Abitur häufiger zur Wahl als Personen mit Hauptschulabschluss oder mit mittlerer Reife.

Positive Wirkungen von Bildung zeigen sich auch beim freiwilligen Engagement: Schülerinnen und Schülern an Gymnasien bringen sich häufiger als Jugendliche an Haupt- und Realschulen ein. Dieser Einfluss von Bildung auf das ehrenamtliche Engagement ist über den gesamten Lebensverlauf zu beobachten – bis über den Ruhestand hinaus.

Gesundheitsbewusstes Verhalten steht ebenso in einem engen Zusammenhang mit dem Bildungsstand. Während Personen mit einem Abschluss unterhalb des Sekundarbereichs II mehr rauchen, weniger Sport treiben und sich seltener gut ernähren, wird mit einem höheren Bildungsabschluss gesünder gelebt. Diese Personen leiden dann etwa auch seltener an der Zivilisationskrankheit Adipositas (auch „Fettleibigkeit“ genannt).

Befunde zu den Wirkungen von Struktur- und Steuerungsmaßnahmen sind uneinheitlich. So zeigt sich zwar, dass die Ausweitung der Kindertagesbetreuung einen positiven Einfluss auf die Frauenerwerbstätigkeit hat; allerdings profitieren insbesondere Kinder aus sozial starken Elternhäusern von dem Besuch der Kindertagesbetreuung. Bildungserträge können unter anderem durch die institutionellen Rahmenbedingungen innerhalb der Einrichtung verbessert werden, z. B. durch eine verbesserte Qualität. Bildungserträge anderer im Schwerpunkt Kapitel betrachteter Steuerungsmaßnahmen sind dagegen nicht oder nur in geringem Maße festzustellen: Das betrifft beispielsweise die Einführung der Ganztagschule und die Bologna-Reform.

Aus einer ökonomischen Perspektive können Bildungsinvestitionen als rentabel betrachtet werden. Die individuellen Bildungsrenditen bezogen auf das Einkommen erreichen sowohl für Frauen wie auch für Männer aktuell hohe Werte von 10 % und mehr. Nach dem Abzug von Abgaben und Steuern sinken die geschätzten Bildungsrenditen auf 6 %; auch dies kann angesichts der gesamtwirtschaftlichen Zinsentwicklung als eine sehr ordentliche Rendite bezeichnet werden. Die betrachteten fiskalischen Bildungsrenditen für eine Ausbildung im Vergleich zu keiner Ausbildung und für ein Studium im Vergleich zu einer Ausbildung liegen bei 5 % und mehr und können ebenfalls als lohnend bezeichnet werden.

Aufgrund der Komplexität wurden über die fiskalischen Renditen hinaus keine gesellschaftlichen Bildungserträge berechnet. Dennoch liegt die Annahme nahe, dass ein höheres politisches Interesse mit einer höheren Wahlbeteiligung und damit zu einer höheren Legitimität und Akzeptanz des politischen Systems beiträgt. Eine bessere Gesundheit jedes Einzelnen dürfte sicherlich das Gesundheitssystem entlasten.

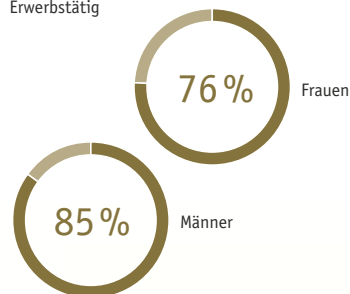
Auch wenn dies nach einer glänzenden Bildungsmedaille aussieht, gibt es eine Kehrseite: Die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, nach der sozialen Herkunft sowie den regionalen Gelegenheitsstrukturen bestehen fort. Und sind die Zugangsmöglichkeiten einer Person zu Bildungsangeboten aus diesen oder anderen Gründen eingeschränkt, dann wird sie auch nicht von positiven Bildungserträgen profitieren. Dies gilt insbesondere für jene, die nicht einmal einen Abschluss des Sekundarbereichs II erreichen.

Im Überblick



Genderungleichheiten fallen je nach Ertragsdimension unterschiedlich aus

Erwerbstätig



Akademiker gegenüber Person mit Sekundarabschluss II

Erwerbstätig in Prozentpunkten



Stundenlohn in Euro



Lebenszufriedenheit in Prozentpunkten

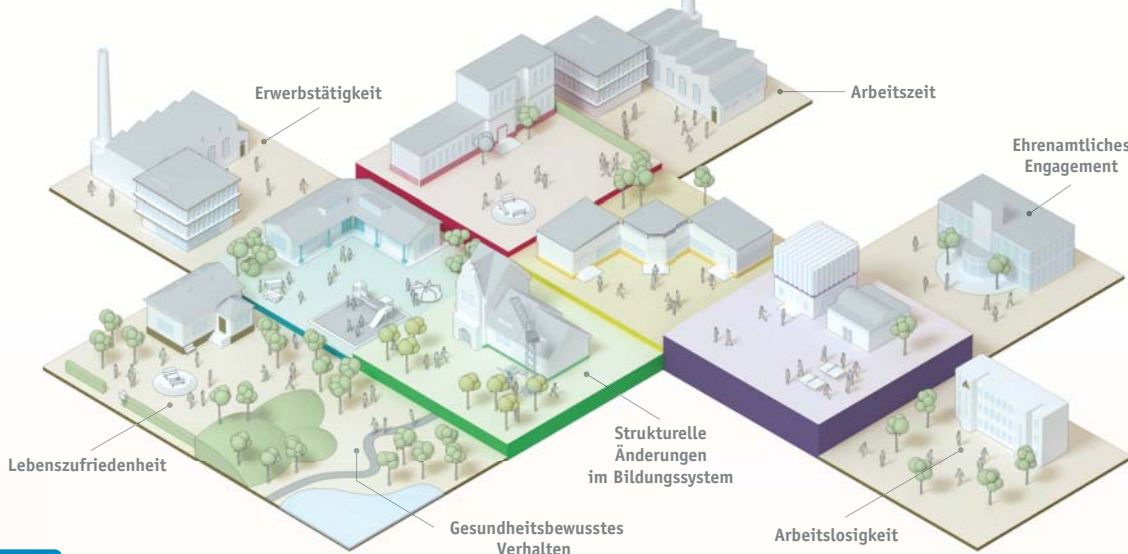
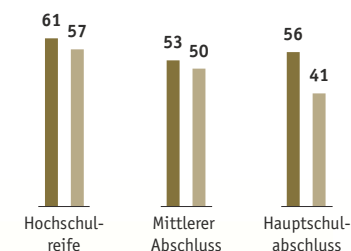


Bildung wirkt weit über den Arbeitsmarkt auf individuelle Erträge

Höhere Wahlbeteiligung mit steigendem Schulabschluss. 18- bis unter 40-Jährige gehen seltener wählen als über 60-Jährige.

Wahlbeteiligung in % nach Altersgruppen

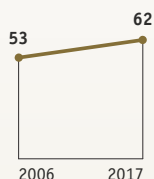
■ Über 60-Jährige ■ 18- bis unter 40-Jährige



Änderungen im Bildungssystem entfalten unterschiedliche Wirkungen

Ausbau der Kindertagesbetreuung führt zu höherer Inanspruchnahme – keine bedeutsamen Kompetenzunterschiede bei G8/G9.

Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung in %



Kompetenzen in Mathematik

G8
Gymnasien
≅
G9
Gymnasien



Bildungsanstrengungen zahlen sich auch innerhalb des Bildungssystems aus, etwa bei früher Bildung für schulische Kompetenzen

Mathematik und Lesekompetenzen zu Beginn der Grundschulzeit unterscheiden sich nach der Dauer des Besuchs der Kindertageseinrichtung.

Mathematik und Lesen in Kompetenzpunkten



Soziale Disparitäten in Bildungs-beteiligung und -ergebnissen führen auch zu ungleichen Erträgen

Bildung lohnt sich, aber nicht jede und jeder hat uneingeschränkt Zugang zu Bildung – soziale Herkunft, Migration, Region und Geschlecht als Hauptdifferenzierungsmerkmale.



Zuwachs an Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern:

Die langjährige Tendenz steigender Teilnehmerzahlen im Bildungssystem setzt sich fort und wird aktuell insbesondere durch 3 soziodemografische Trends unterstützt. Erstens werden in den letzten Jahren wieder mehr Kinder geboren, nachdem die Geburtenzahlen über viele Jahre rückläufig waren. Dies trägt künftig zu einem höheren Bedarf an Plätzen in der Kindertagesbetreuung bei und führt anschließend im Schulsystem sowie in der beruflichen Bildung und an den Hochschulen zu zusätzlichen Platzbedarfen. Zweitens war zwischen 2015 und 2016 eine erhöhte Zuwanderung zu beobachten, die die Bildungseinrichtungen durch die größere Nachfrage nach Integrations-, Sprach- und Vorbereitungsmaßnahmen vor neue Herausforderungen stellt. Schließlich setzt sich drittens der Wandel der Familien- und Erwerbsformen fort. Insbesondere hat die Erwerbstätigkeit von Müttern zugenommen. Kinder treten damit zunehmend früher in das Bildungssystem ein und nehmen verstärkt Ganztagsangebote in Anspruch. Wenngleich nicht absehbar ist, wie lange diese Trends andauern, dürften sie auch in den nächsten Jahren weiterhin die Teilnehmerzahlen im Bildungssystem prägen.

Trend zu höherer Bildung: Über die Bildungsbereiche hinweg veranschaulichen viele Befunde, dass die Entwicklung zu mehr Bildung anhält. Es streben immer mehr Schülerinnen und Schüler höhere Schulabschlüsse an, was durch die erhöhte Durchlässigkeit und die vielfältigen Abschlussoptionen in den einzelnen Schularten gefördert wird. Vor diesem Hintergrund steigt der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Studienberechtigung weiter an. Neben einer höheren Studiennachfrage geht dies auch mit einem seit Jahren steigenden Anteil von Auszubildenden mit Hochschulreife einher. Er lag zuletzt bei 28 % aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Gleichmaßen spiegelt sich der Trend zu höherer Bildung in der Gründung neuer Hochschulen – vor allem im privaten Sektor – sowie in einer immer ausdifferenzierteren Hochschullandschaft mit sehr vielfältigem Studienangebot wider. Auch die Tatsache, dass die Studierenden in der Mehrheit der Fälle nach dem akademischen Erstabschluss einen Masterabschluss anschließen, ist ein Indiz für den Trend zu höherer Bildung.

Anhaltende Disparitäten zwischen Bildungsbenachteiligten und Leistungsspitze:

Nicht alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen kommen mit dem Trend zur steigenden Bildungsbeteiligung mit. Es bleibt eine große Zahl an Personen mit geringen Bildungserfolgen. Das zeigt sich auf

allen Stufen des Bildungssystems und in unterschiedlichsten Aspekten der Bildungsteilhabe sowie der Bildungsergebnisse. Als besonders bedeutsam erweist sich dabei nach wie vor die Herkunft, bei der meist sozioökonomische und migrationsbezogene Problemlagen zusammenfallen. Trotz vieler bildungspolitischer Reformprojekte und damit verbundener Verbesserungen ist es bisher nicht gelungen, Bildungsungleichheiten entscheidend zu verringern. Mit den vielfältigeren Möglichkeiten, Bildungsverläufe individuell zu gestalten – von kurzen Bildungswegen für Leistungsstarke bis hin zu verzögerten Karrieren der zweiten Chancen – ist daher auch ein steigendes Risiko verbunden: Die Kluft zwischen Personen, die ihre Bildungserfolge Schritt für Schritt steigern können, und anderen, deren ungünstige Ausgangslagen langfristig nachwirken, könnte größer werden.

Wachsende Heterogenität in den Bildungseinrichtungen:

Zunehmend müssen die Bildungseinrichtungen immer unterschiedlicheren individuellen Ausgangslagen gerecht werden. Die weiter zunehmende Heterogenität unter den Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern – auch durch strukturelle Anpassungen, um die Durchlässigkeit im System zu erhöhen – schlägt sich insbesondere in der Kindertagesbetreuung, in den Schulen und im Übergangssektor nieder. Die Anerkennung von Heterogenität und Individualität steht auch im Zentrum der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Damit wurden ein gleichberechtigter Bildungszugang und gleichwertige Bildungsoptionen für Menschen mit Behinderungen rechtlich verbindlich. Trotz anhaltendem Trend zu inklusionsorientierten Angeboten im Bereich der frühen Bildung und im Schulwesen wird vor allem im schulischen Bereich nach wie vor ein nennenswerter Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Entwicklungs- oder Lernbeeinträchtigungen in gesonderten Einrichtungen gefördert. Auffällig ist, dass sich in vielen Regionen das Angebot eigenständiger Förderschulen kaum verändert hat. Zudem hat sich die Angebots-Nachfrage-Relation in Berufen für Menschen mit Behinderungen seit 2012 rückläufig entwickelt. Auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem bleiben Fragen der baulichen, personellen oder sächlichen Ausstattung der Bildungseinrichtungen ebenso relevant wie die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt auf allen Ebenen – von den politischen Entscheidungsträgern über das pädagogische Personal bis hin zu den Eltern.

Unterschiedliche Entwicklungsperspektiven von Bildungsregionen: Zur Entstehung von Disparitäten tragen auch unterschiedliche regionale Entwicklungen bei. In einem Teil der ländlichen Regionen gibt es bereits jetzt nicht mehr ausreichend wohnortnahe (öffentliche) Bildungsangebote. Das betrifft insbesondere das Schulwesen. Auch zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage gibt es Passungsprobleme, die dazu führen können, dass sich ungünstige wirtschaftliche und infrastrukturelle Rahmenbedingungen einzelner Regionen weiter verschlechtern. Damit sinken die Chancen junger Menschen, sich persönlich und beruflich zu entfalten. Die unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven bieten letztlich Standortvorteile oder -nachteile. Sie haben Folgeeffekte für die Attraktivität der Regionen als Wohn- und Arbeitsort und können zu einer weiteren Zu- oder Abwanderung führen. Dies gilt vor allem auch für Hochschulen, die neben ihren primären wissenschaftlichen Leistungen wesentliche arbeitsmarktpolitische und kulturelle Funktionen für ihre Region haben und nicht zuletzt erhebliche Kaufkraft erzeugen. Darüber hinaus tragen sie wesentlich dazu bei, dass sich regional die Chancen verbessern, an Bildung teilzunehmen.

Abgesehen von relativ kleinräumigen Unterschieden setzen vor allem die Bundesländer die Rahmenbedingungen für die individuellen Bildungslaufbahnen. Über das Angebot und die Durchlässigkeit von Bildungsgängen sowie viele weitere Aspekte entscheidet nicht zuletzt auch die regionale Herkunft der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Um gleichwertige Bildungs- und Lebenschancen sicherzustellen, müssen regionale Disparitäten insofern im Fokus bleiben.

Bedeutung von Bildungsprozessen für das Individuum und die Gesellschaft: Bildung ist ein Wert an sich – diese allgemeine Überzeugung wird durch die vertiefenden Analysen dieses Bildungsberichts erneut bestätigt. Bildung eröffnet Lebenschancen für jede Einzelne und jeden Einzelnen. Je höher die erworbenen Bildungsabschlüsse, desto häufiger sind Personen erwerbstätig, verdienen mehr Geld, engagieren sich häufiger politisch und gesellschaftlich, leben gesünder und sind auch mit ihrem Leben zufriedener. Frauen profitieren auf dem Arbeitsmarkt oftmals in einem geringeren Maße von Bildung. Sie erzielen höhere Bildungserträge außerhalb des Arbeitsmarkts. Für den Staat lohnt sich Bildung ebenso – unabhängig davon, ob diese beruflicher oder akademischer Natur ist. Es ist daher zentral, dass jede und jeder in seinen Anstrengungen, sich zu bilden, gefördert wird. Bildungsketten bauen von frühester Kindheit bis hin in das Erwachsenenalter aufeinander auf und müssen jeweils neu gestaltet werden. Chancengleichheit jeder und jedes Einzelnen im Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, Durchlässigkeit innerhalb des Schulsystems sowie zwischen den Säulen beruflicher und akademischer Bildung und schließlich Möglichkeiten lebenslangen Lernens müssen hierfür gewährleistet und durch geeignete Bildungsinfrastrukturen ermöglicht und gefördert werden. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei die gezielte Förderung all jener, die sich nicht hinreichend bilden konnten und können. Ihre Möglichkeiten, sich persönlich und beruflich zu entfalten, bleiben andernfalls eingeschränkt.

Zuwachs an Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern

Die langjährige Tendenz steigender Teilnehmerzahlen setzt sich fort, insbesondere durch erhöhte Geburten- und Zuwanderungszahlen sowie die zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern.

Wachsende Heterogenität in den Bildungseinrichtungen

Die Entwicklung in den Bereichen Migration oder Inklusion, aber auch strukturelle Anpassungen der Bildungsangebote führen dazu, dass die Bildungseinrichtungen immer unterschiedlicheren Ausgangslagen der Teilnehmenden gerecht werden müssen.

Trend zu höherer Bildung

Im Schulwesen werden höherqualifizierende Abschlüsse angestrebt und erreicht, der Anteil von Auszubildenden mit Hochschulreife und ebenso die Studiennachfrage steigen weiter und die meisten Studierenden schließen nach dem akademischen Erstabschluss einen Master an.

Zentrale Herausforderungen



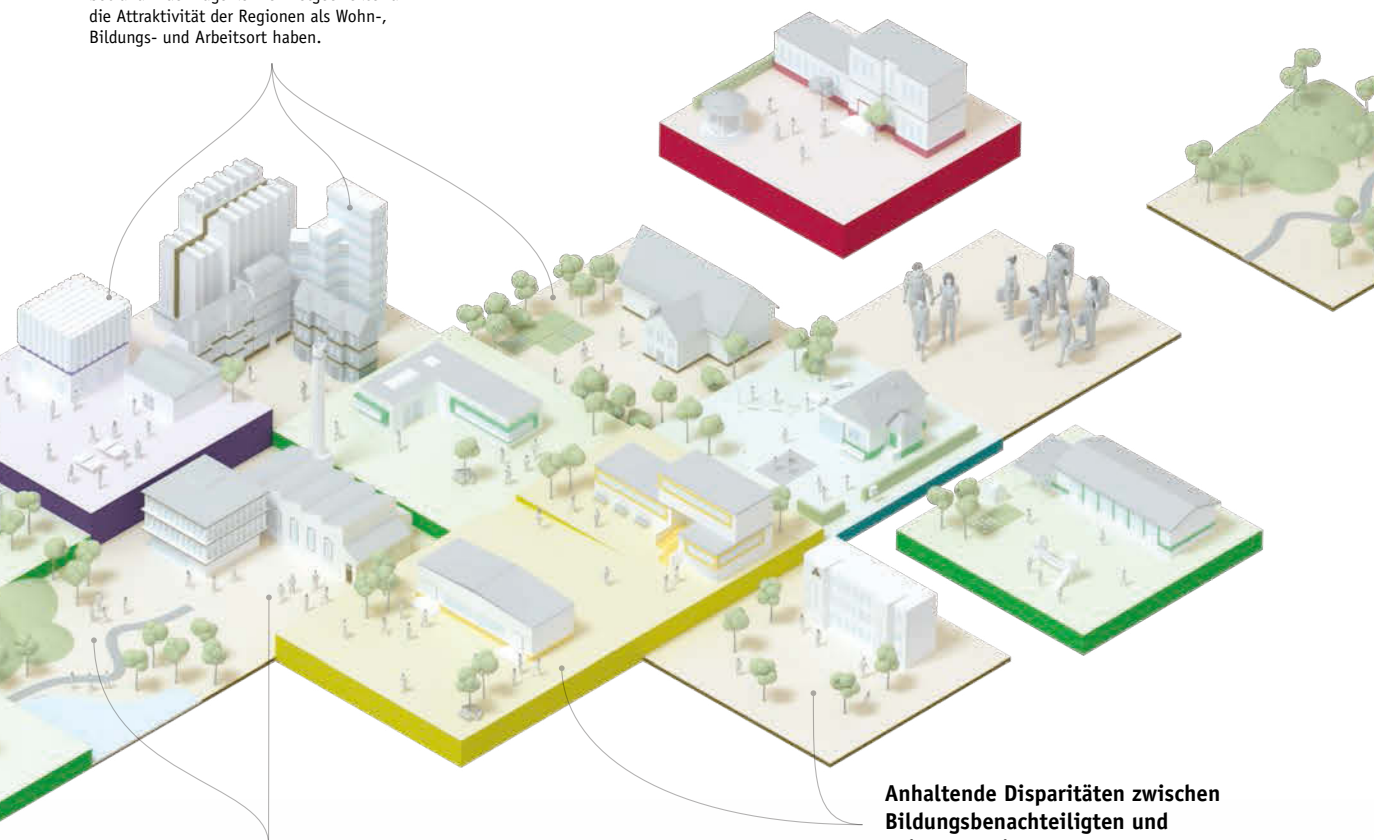
Ausbau und Umbau von Bildungsinstitutionen



Personalentwicklung und Personalausbau

Unterschiedliche Entwicklungsperspektiven von Bildungsregionen

Zur Entstehung von Disparitäten tragen auch regionale Unterschiede bei. Passungsprobleme zwischen Bildungsangebot und -nachfrage können Folgeeffekte für die Attraktivität der Regionen als Wohn-, Bildungs- und Arbeitsort haben.



Bedeutung von Bildungsprozessen für das Individuum und die Gesellschaft

Je höher die erworbenen Bildungsabschlüsse, desto höher sind auch die Erwerbsbeteiligung, das Einkommen, das zivilgesellschaftliche Engagement und die Zufriedenheit im Leben. Auch für den Staat zahlt sich Bildung aus – sei sie beruflicher oder akademischer Natur.

Anhaltende Disparitäten zwischen Bildungsbenachteiligten und Leistungsspitze

Nicht alle halten mit dem Trend der steigenden Bildungsbeteiligung Schritt. Mit den vielfältigeren Möglichkeiten, Bildungsverläufe individuell zu gestalten, könnte die Kluft zwischen denen, die ihre Bildungserfolge Schritt für Schritt steigern, und jenen mit schlechteren Start- und Entwicklungschancen größer werden.



Verständigung über Qualitätsmaßstäbe



Veränderte Datengrundlagen für formativ ausgerichtete Qualitätsentwicklung



Koordinierte Steuerung als gemeinsame Gestaltungsaufgabe

Ausbau und Umbau von Bildungsinstitutionen

Die historisch gewachsene Struktur und der Ausbau der deutschen Bildungsinstitutionen wurden angesichts veränderter sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen in den vergangenen Jahren vielerorts angepasst. Dies zeigen etwa der Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Ganztagsangebote im Grundschulalter, die Entwicklung hin zu zweigliedrigen Schulsystemen in vielen Ländern, die Umstrukturierung des Schulberufssystems sowie die veränderte Bedeutung von Fachhochschulen innerhalb des Hochschulsystems. Neuere Entwicklungen verlangen nach weiteren Anpassungen: Dazu gehören die zunehmende Heterogenität der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und das Streben nach höher qualifizierenden Bildungsabschlüssen, aber auch die sich deutlich abzeichnenden Folgen einer zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche. Hinzu kommt die insgesamt höhere Anzahl an Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die sich durch die Zunahme der Geburten sowie durch die hohe Zuwanderung nach Deutschland ergibt. Während sich der Bedarf an (zusätzlichen) Plätzen in der Kindertagesbetreuung und anschließend in den Schulen aufgrund der Geburtenziffern einigermaßen zuverlässig bestimmen lässt, ist schwer abzuschätzen, wie viele zugewanderte Menschen längerfristig in Deutschland verbleiben.

Die Veränderungen der Rahmenbedingungen verlangen aber zugleich nach Anpassungen und strukturellen Umbaumaßnahmen innerhalb des Bildungssystems. Dafür muss das Bildungsangebot über Ländergrenzen erkenn- und vergleichbar sein. Die unterschiedliche Strukturierung der Schularten im Sekundarbereich I deutet gegenwärtig eher auf das Gegenteil hin: Einerseits werden nichtgymnasiale Schulen trotz vergleichbarer Organisationsform unterschiedlich bezeichnet. Andererseits verbergen sich sehr unterschiedliche Konzepte hinter gleichnamigen Schulangeboten (z. B. „Gemeinschaftsschulen“, „Ganztagschulen“). Umbau in diesem Sinne meint aber beispielsweise auch, neue oder veränderte Lernangebote zu entwickeln, die durch eine größere Offenheit in den Anforderungen dazu beitragen, heterogenen und differenzierten Bedarfen Rechnung zu tragen. Das könnte bedeuten, Bildungsangebote, die unterschiedliche Lernorte miteinander verknüpfen, auszubauen. Denkbar wäre auch, Übergangsprozesse an den Gelenkstellen des Bildungssystems neu zu gestalten.

Die Bildungsinstitutionen selbst sollten ebenso in den Blick genommen werden. Ziel muss es sein, diese gemeinsam mit den Beteiligten zu angemessenen, entwicklungsfähigen, zukunftsorientierten und zugleich nichtseparierenden Lernumwelten weiterzuentwickeln. Die Institutionen selbst müssen in ihren Strukturen insoweit offen sein, dass sie zukünftigen Anforderungen entsprechen können – z. B. hinsichtlich der zunehmenden Digitalisierung als Herausforderung und Chance. Bil-

dungsinstitutionen und Bildungsangebote sind zugleich so zu gestalten, dass sie verstärkt als Orte der Kooperation geplant, eingerichtet und wahrgenommen werden und zunehmend flexibel agieren können. Dies beginnt bei der multifunktionalen Nutzung der jeweiligen Räumlichkeiten als „Zentren des Lernens“. Es schließt auch ein, Bildungsangebote unterschiedlicher Art und von unterschiedlichen Trägern lokal zu verknüpfen und zu vernetzen.

Um all diese Veränderungen planen und umsetzen zu können, bedarf es erheblicher infrastruktureller und finanzieller Unterstützung seitens der Bildungspolitik und -verwaltung.

Personalentwicklung und Personalausbau

Ein, wenn nicht der zentrale Faktor für ein leistungsfähiges Bildungssystem ist eine ausreichende Anzahl an Fachkräften, die die hohen Ansprüche und Erwartungen erfüllen können. Zur Bewältigung der aufgezeigten Trends und Problemlagen ist eine intensive Förderung und eine breite Unterstützung des pädagogischen Personals vonnöten. Kontinuierlicher und zugleich qualifizierter Fort- und Weiterbildung kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, wenn auf die benannten gesellschaftlichen Entwicklungen zeitnah reagiert werden soll. Dabei gilt es auch, das pädagogische Personal in die Lage zu versetzen, auf heterogene Ausgangslagen reagieren zu können. Ohne entsprechende Investitionen wird es aber nur schwer gelingen, auf die aktuellen Anforderungen erfolgreich zu antworten.

Kontinuierlich hat der Bildungsbericht auf die Altersstruktur des pädagogischen Personals in den einzelnen Bildungsbereichen hingewiesen. Der sich schon längerfristig abzeichnende Trend, dass in einzelnen Bereichen große Teile des Personals altersbedingt ersetzt werden müssen, verschärft sich gegenwärtig weiter. Es ist absehbar, dass die benötigten Fachkräfte nur schwer zu finden sein werden. Das liegt nicht nur an dem notwendigen Ausbau von Ausbildungskapazitäten, sondern auch daran, dass der Bildungssektor bei seiner Personalrekrutierung im Wettbewerb mit anderen Beschäftigungsfeldern steht und seine Attraktivität gegenüber potenziellen Interessenten regelmäßig beweisen muss. Dass dabei auch die Länder selbst in einem Wettstreit untereinander stehen, etwa hinsichtlich der Besoldung und des Berufsstatus, erschwert die Personalrekrutierung weiter.

Der gezielte Ausbau der Ausbildungskapazitäten kann dazu beitragen, Personalengpässen entgegenzuwirken. Er wird aber kaum ausreichen, die absehbaren Personalbedarfe zu decken. Zumal ein solcher Ausbau erst nach Jahren seinen Beitrag leisten kann.

Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger in das Bildungssystem stellen aufgrund ihrer mitgebrachten Erfahrungen sicher-

lich eine Bereicherung dar. Zugleich dürfen aber die Qualifikationsanforderungen an das Personal insgesamt nicht abgesenkt werden. Angemessene Formen der Einstiegsqualifikation und der begleitenden Förderung und Unterstützung stellen notwendige Bedingungen dar. Die von den Ländern und Trägern eingeleiteten Maßnahmen, um Personal zu rekrutieren und zu fördern, sollten zu einem auch zukünftig tragfähigen Gesamtkonzept zusammengefasst werden.

Verständigung über Qualitätsmaßstäbe

Das Abschneiden der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler beim ersten PISA-Test 2000, in dem Deutschland ein beachtliches Qualifikationsdefizit attestiert wurde, hat die Diskussion über die Qualität im deutschen Bildungssystem auf allen Ebenen neu und nachhaltig entfacht. Die Debatten um die Leistungen im Schulbereich und die Frage, wie diese zu steigern sind, hatten nicht zuletzt durch die Definition der 7 Handlungsfelder durch die KMK Strahlwirkung auf alle Bildungsbereiche. Im Ergebnis wurde die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bildungsbereiche und -institutionen von der frühen Bildung bis zur Hochschulbildung kritischer hinterfragt. Die Definition von Qualitätsmaßstäben ist und bleibt der erste notwendige, aber keineswegs triviale Schritt, um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zu sichern. Denn die Dimensionen, mit denen sich Bildungsqualität beschreiben lassen, sind vielfältig. Als zentrale Maßstäbe werden heute vor allem die Lernerfolge der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer herangezogen.

Die Entwicklung, Implementation und Überprüfung von Bildungsstandards im Schulbereich ist das prominenteste Beispiel für solche normativen Qualitätsmaßstäbe. Sie definieren für den Primarbereich, für den Hauptschulabschluss, den mittleren Bildungsabschluss sowie das Abitur, welchen Kompetenzstand Kinder und Jugendliche bis zu einem bestimmten Punkt ihrer Bildungslaufbahnen erreicht haben sollten. Für den Bereich der frühen Bildung können auch die in der Folge von PISA entwickelten Bildungs- und Erziehungspläne der Länder als Versuch verstanden werden, sich über Qualitätsmaßstäbe zu verständigen. Anders als im Schulbereich gibt es allerdings keine bundesweit einheitlichen Zieldimensionen und ihr Erreichen wird empirisch nicht überprüft. Dies spiegelt sich auch in den sehr unterschiedlichen Verfahren der Sprachstandserhebungen und den daran geknüpften Sprachfördermaßnahmen in den Ländern wider.

Da nur im Schulwesen die Lernerfolge als normative Qualitätsmaßstäbe definiert wurden, stehen in den übrigen Bildungsbereichen die Bildungsangebote und die Beteiligung daran im Vordergrund der Qualitätsdiskurse, insbesondere

in der Kindertagesbetreuung und in der Hochschulbildung. Aussagen über Bildungsqualität werden daher an Bedingungen wie der Erreichbarkeit, Durchlässigkeit, Chancengerechtigkeit, Finanzierbarkeit oder Vergleichbarkeit festgemacht. Viele der genannten Qualitätsaspekte werden zwar allgemein geteilt, allerdings sind sie selten kriterial definiert und ausbuchstabiert. Aufseiten der Rahmenbedingungen wird damit zu einem wichtigen Indiz für eine nachhaltige Qualitätssicherung und -entwicklung, ob Angebot und Nachfrage im richtigen Verhältnis zueinander stehen.

Im Bereich der frühen Bildung hat in den letzten Jahren ein erheblicher Ausbau stattgefunden. Dieser reicht aber gegenwärtig in vielen Regionen immer noch nicht aus, um die ebenfalls zunehmenden Betreuungswünsche der Eltern zu decken. Berücksichtigt man, dass durch den Geburtenanstieg künftig noch mehr Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung haben werden, wird die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus deutlich, der möglichst ohne Qualitätseinbußen (z. B. beim Personalschlüssel) erfolgen sollte.

Im Schulbereich wird die Qualitätssicherung insbesondere in strukturschwachen Regionen zur Herausforderung. Denn dort ist eine Mindestversorgung mit wohnortnahen Schulangeboten schon jetzt schwierig. Aber auch in prosperierenden Städten und Ballungsgebieten besteht Handlungsbedarf, da private Träger in einigen Kommunen ein so großes Gewicht haben, dass die Wahlfreiheit im Bereich der öffentlichen Bildungseinrichtungen deutlich eingegrenzt ist. Dies ist umso bedeutungsvoller, da es sich vielerorts um Grundschulen handelt, deren Zulassung das Grundgesetz nur unter eingeschränkten Bedingungen vorsieht. Nachfrage und Angebot sind aber auch im Bereich der Ausbildung regional ungleich verteilt. Damit drängt sich die Frage auf, welche Entfernung für die Aufnahme einer Ausbildung für junge Menschen unter welchen Bedingungen zumutbar ist.

Für den Hochschulbereich spielt die Erreichbarkeit aus der Sicht der Studierenden auf den ersten Blick keine entscheidende Rolle, da von Studierenden eine Bereitschaft zur Mobilität erwartet werden kann. Mobilität ist aber auch mit Kosten verbunden, die insbesondere von jungen Menschen aus sozial weniger begünstigten Familien nur schwer aufgebracht werden können. Für sie sind wohnortnahe Bildungsangebote eine wichtige Voraussetzung, um in das tertiäre Bildungssystem übertreten zu können. In diesem Zusammenhang kommt den Fachhochschulen eine besondere Rolle zu, da sie stärker in der Fläche vertreten sind als Universitäten.

Die Qualitätssicherung und -entwicklung muss schließlich auch bei den einzelnen Bildungseinrichtungen ansetzen, da diese als Bildungs- und Lebensort von Kindern und jungen Menschen sowohl kognitive als auch soziale Entwicklungsprozesse anregen oder hemmen können. Provisorische Einrichtungen sind eher ein Zeichen dafür, dass zusätzliche Bedarfe aufgrund nicht vorhersehbarer Entwicklungen entstanden sind. Teilweise zeugen sie aber auch von bildungspolitischen Versäumnissen. Daher stellen sie in diesem Zusammenhang wohl kaum einen optimalen Bildungs- und Entwicklungsort dar. Es gehört mehr dazu, Räumlichkeiten für Bildung anregend und kommunikativ zu gestalten, als einen Zweckbau zu realisieren oder instand zu halten. Man muss sich (auch architektonisch) mit den pädagogischen Zielen der jeweiligen Bildungseinrichtung auseinandersetzen und die Lernräume dementsprechend gestalten. Neben der baulichen Ausstattung zählt dazu zweifelsohne auch eine angemessene digitale Infrastruktur. Die Digitalisierung ist zugleich ein aktuelles Beispiel, das die Notwendigkeit unterstreicht, sich kontinuierlich über Qualitätsmaßstäbe und -kriterien zu verständigen. Unter Gesichtspunkten der Qualität ist bislang offen, wie genau die Digitalisierung dafür genutzt werden kann, Bildungsprozesse zu initiieren, und auf welche Kompetenzen der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, aber auch des pädagogischen Personals es dabei in besonderem Maße ankommt.

Veränderte Datengrundlagen für formativ ausgerichtete Qualitätsentwicklung

Unterschiedliche Akteure sind daran beteiligt, Bildungsprozesse zu initiieren. Dazu gehören professionell Tätige, unmittelbar betroffene Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer oder mittelbar Betroffene (z. B. Eltern). Für alle Beteiligten muss erkennbar und nachvollziehbar sein, welche Prozesse der Qualitätssicherung und -entwicklung sich im Bildungssystem vollziehen. Dies wird nur gelingen, wenn das System nach innen und außen transparent ist. Dies betrifft vor allem die Qualitätsmaßstäbe, die erreicht werden sollen. In gleicher Weise müssen aber auch die dafür bereitgestellten Angebote und Strukturen transparent sein, damit sie von den Teilnehmenden anerkannt und genutzt werden.

In allen Bildungsbereichen braucht es Indikatoren, mit denen die Entwicklung des Systems in Bezug auf Leistungsaspekte beschrieben werden kann. Sie müssen über Strukturinformationen wie die Erreichbarkeit der Angebote oder die Anzahl an Schul-, Ausbildungs- oder Studienabbrüchen hinausgehen. Das ermöglichen z. B. die Trendstudien zu den nationalen Bildungsstandards und internationale Vergleiche im Primar- und Sekundarbereich I, anhand derer sich Hand-

lungsbedarfe für die politische Steuerung aufdecken lassen. Während sich etwa die Leistungen am Ende der Vollzeitschulpflicht in den letzten 15 Jahren insgesamt positiv entwickelt haben und auch die sozialen und migrationsbezogenen Disparitäten leicht zurückgegangen sind, haben sich die Grundschulergebnisse in Deutschland in diesem Zeitraum nicht verbessert und auch das Maß an Disparitäten ist dort relativ stabil geblieben. Auch wenn dies nicht zuletzt mit einer veränderten Schülerzusammensetzung zusammenhängt, deutet diese Stagnation im internationalen Vergleich auf ein Leistungsdefizit hin, da sich andere Staaten signifikant verbessert haben. Beim Erwerb der Hochschulreife ist der gemeinsame Abituraufgabenpool der Länder für die zentralen Abschlussprüfungen ein wichtiger Schritt der Standardsicherung. Da eine eigene Überprüfung der KMK-Bildungsstandards für das Abitur derzeit nicht vorgesehen ist und sich Deutschland gegenwärtig auch an keiner international vergleichenden Schulleistungsstudie in der gymnasialen Oberstufe beteiligt, fehlt es aber an vergleichbaren Indikatoren für ein differenziertes Bildungsmonitoring im Sekundarbereich II.

Für andere Bildungsbereiche sind bezogen auf Leistungsmerkmale keinerlei vergleichbare Einschätzungen im Trendvergleich möglich. Sie wären aber erforderlich, um gezielt Stärken und Schwächen zu identifizieren, die mit den skizzierten unterschiedlichen institutionellen und regionalen Ausgangslagen einhergehen. Andernfalls bleiben Qualitätsdiskurse weiterhin auf Fragen der Angebote und der Beteiligung begrenzt. Standardbezogene Leistungsindikatoren würden nicht nur dem Systemmonitoring dienen. Sie könnten auch – wie im Schulbereich einiger Länder – den Grundstein bilden, um die Qualität der Bildungsprozesse in den einzelnen Einrichtungen datengestützt zu sichern und weiterzuentwickeln. Insbesondere die Verknüpfung mit längsschnittlich angelegten Individualstatistiken würde hier weiterführende Diagnosemöglichkeiten eröffnen, wie sie die KMK in ihrer aktualisierten Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring eingefordert hat.

Koordinierte Steuerung als gemeinsame Gestaltungsaufgabe

Steuerung schafft die Voraussetzungen, um ein leistungsstarkes, offenes, gerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem zu sichern. Die skizzierten Trends und Problemlagen stellen dabei die Entscheidungsträger in Bildungspolitik, -administration und -praxis vor eine Reihe gemeinsamer Herausforderungen. Dabei legen die skizzierten Befunde im Bildungsbericht 2018 nahe, einige Fragen vertiefend zu erörtern. Dazu zählen unter anderem:

Welche Rolle spielen Qualitätsmaßstäbe für die verschiedenen Bildungsbereiche? Wie gelangt man zu einer einvernehmlichen Verständigung über diese Maßstäbe, die beschreiben, was in den einzelnen Bildungsbereichen erreicht werden kann und soll? Wie lassen sich auf Ebene der Institutionen und Bildungsprozesse vergleichbare Strukturen schaffen, die der föderalen Vielfalt Rechnung tragen? Gemeint ist damit vor allem, dass die Bildungsangebote in ihren Anforderungen so offen gestaltet werden sollten, dass flexibel auf die heterogenen und differenzierten Ausgangslagen reagiert werden kann und eine zukunftsorientierte Gestaltung von Bildungsbiografien möglich ist. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie passgenaue Förderangebote aussehen können, die sich unabhängig von soziokulturellen Merkmalen weiterhin insbesondere an Leistungsschwache richten. Damit verbunden rückt auch die Qualifizierung und Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in den Fokus. Wie kann eine strukturelle Unterstützung der Einrichtungen und des Personals aussehen und langfristig gesichert werden? Und schließlich stellt sich kurz-, mittel- und langfristig die Frage der Ressourcen. Wie kann eine hinreichende Ressourcenausstattung aussehen und gewährleistet werden, die durch gezielte und bedarfsorientierte Zuweisungen dort Handlungsspielräume eröffnen soll, wo sie am meisten benötigt werden?

Die vielfältigen Anstrengungen für eine solche Weiterentwicklung des Bildungssystems können nur gemeinsam von unterschiedlichen beteiligten Institutionen, Gruppen und Personen bewältigt werden. Lösungen sind nicht allein von einzelnen Akteurinnen und Akteuren in bestimmten Bildungsbereichen oder auf getrennten Verantwortungs- und Entscheidungsebenen zu erwarten. Bund, Länder, Kommunen und weitere Träger von Bildungseinrichtungen werden neue Formen der Kooperation und Abstimmung entwickeln und auch weitere Partner (z. B. zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure) einbeziehen. Den hier skizzierten Fragen an eine moderne Bildungssteuerung kann im Sinne einer gemeinsamen Gestaltungsaufgabe begegnet werden. Dabei steht außer Frage, dass Konsens darüber zu erzielen ist, was die Entwicklungsperspektiven sind und welche Schritte und Maßnahmen dazu notwendig sind. In Anbetracht der bestehenden Verantwortlichkeiten im Bildungsbereich stellt sich die Frage, wie neue Formen der Zusammenarbeit und Handlungskoordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu entwickeln sind. Die übergreifenden gesamtgesellschaftlichen Anforderungen müssen sich auch in den Kooperationsstrukturen abbilden, um dem gemeinsamen Interesse an angemessenen Lösungen gerecht zu werden. Die Ergebnisse sollten transparent sein und damit zu einer erhöhten Akzeptanz von Steuerungsentscheidungen beitragen.

Bildung in Deutschland **kompakt** 2018

Zentrale Befunde des Bildungsberichts

Der nationale Bildungsbericht erscheint alle 2 Jahre als umfassende und empirisch fundierte Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens: von der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung über die allgemeinbildende Schule und die non-formalen Lernwelten im Schulalter, die berufliche Ausbildung und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Im Schwerpunktkapitel des aktuellen Bildungsberichts wird vertiefend der Frage nachgegangen, welche Wirkungen und Erträge Bildung in unterschiedlichen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft entfaltet.

In dieser Zusammenfassung werden zentrale Befunde dieses 7. Bildungsberichts kompakt und anschaulich für die an bildungspolitischen Fragen interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.



Die Mitglieder der Autorengruppe Bildungsberichterstattung vertreten die folgenden Einrichtungen:

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Deutsches Jugendinstitut (DJI)
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)
Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (LfBi)
Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI)
Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Destatis, StLÄ)

Mit der Federführung des Berichts ist das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) betraut.